

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Kämmer“, „Frauenkammer“, „Der Arbeiter“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Bäderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 13. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

An die Partei!

Am Sonnabend beginnt die sozialdemokratische Werbeweche. Sie gilt der Werbung für die Partei, die als einzige den Arbeitern, Angestellten und Beamten politische und soziale Rechte erkämpft hat.

Die Kommunisten hatten längst ihre Absicht angekündigt, die sozialdemokratische Werbeweche mit allen Mitteln zu stören. Da kommen ihnen die Meinungsverschiedenheiten über die Verabschiedung des Hohenzollernvergleichs im Preussischen Landtag gerade zu recht.

Meinungsverschiedenheiten über Fragen der parlamentarischen Taktik hat es immer gegeben und wird es immer geben. Sie haben den machtvollen Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei nicht aufgehalten. Sie haben keinen Genossen davon abgehalten, seine Pflicht gegenüber der Partei zu erfüllen.

Die sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Vergleich nicht zu. Sie verspricht sich aber auch nichts von seiner Ablehnung, weil der Volksentscheid keine Volksmehrheit für die Entsignung gebracht hat.

weil die Versuche einer gesetzlichen Regelung im Reichstag gescheitert sind,

weil schließlich das Scheitern jeder Regelung durch Gesetz oder Vergleich nur die Folge haben kann, daß wieder die Gerichte entscheiden, die den Hohenzollern noch mehr zusprechen, den Staat aber mit Millionen Projektkosten belasten würden.

Arbeitet alle für eure Partei, für eure und eurer Kinder Zukunft! Niemand entziehe sich der Arbeit für seine Partei!

Dazu kommt, daß im Landtag nahezu eine Zweidrittelmehrheit — 292 bürgerliche Abgeordnete von insgesamt 450 Mitgliedern — den Vergleich will.

Kein Sozialdemokrat bestreitet, daß es ein ungeheures soziales Unrecht ist, wenn in einer Zeit des Massenelends so gewaltige Vermögen in die Hände weniger Familien gelangen — die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat das selbst in ihrer Erklärung ausgesprochen. Sie glaubt aber nicht, daß nach dem Versagen des Volksentscheids und der Gesetzgebung im Reichstag eine gerechtere Lösung erreicht werden kann mit den Mitteln des parlamentarischen Radens.

Im übrigen haben die Kommunisten bei ihrem Spektakel noch ein sehr durchsichtiges Ziel im Auge. Sie wollen durch föhlichen Krach ihre Anhänger ablenken von den schweren Auseinandersetzungen in der eigenen Partei, die diese dem völligen Zerfall entgegenzuführen drohen.

Die Sozialdemokratie will die Arbeiter aufklären. Dazu gehört auch Verständnis für die Probleme des Tages, bei deren Lösung der Wille der Mehrheit auch dann nicht außer acht gelassen werden kann, wenn die Minderheit noch so groß war.

Wir wissen, daß wir nicht sprunghaft den Weg in die sozialistische Gesellschaft zurücklegen können. Das kommunistische Rußland hat das im übrigen zur Genüge gezeigt.

Die Werbeweche muß uns einen großen Schritt vorwärts bringen. So wird sie zum Vorteil der Arbeiterklasse gereichen wie auch zum Nutzen jedes einzelnen.

Darum wirkt bei allen euren Arbeitstameraden, bei allen euren Bekannten und Freunden stets und vor allem in der Werbeweche für die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei, für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse, für die Auffüllung der politischen Organisation in der Sozialdemokratie!

Deutsch-tschechische Koalition. Bürgerliche Gemeinschaftsregierung in der Tschechoslowakei.

Prag, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag ist die tschechisch-deutschbürgerliche Rechtsregierung zustande gekommen, nachdem sich die deutschen Agrarier und Christlichsozialen bereit erklärt hatten, in das vom ehemaligen Ministerpräsidenten Soehla gebildete Kabinett einzutreten, ohne daß ihnen vorher auch nur die geringste Zusicherung auf national-politischem Gebiete gemacht worden wäre.

Die deutschen Sozialdemokraten verharren gegenüber dem neuen Kabinett in schärfster Opposition. Auch die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, sowie die Deutschnationalen und Deutschsozialen lehnen das neue Kabinett ab. In Opposition stehen selbstverständlich auch die national nicht geteilten Kommunisten, die gegenwärtig die stärkste Fraktion sind.

Die neue Regierung.

Prag, 12. Oktober. (II.) Die Liste des neuen Kabinetts, die morgen im Amtsblatt erscheinen wird, hat folgendes Aussehen:

- Ministerpräsident Dr. Soehla (Tschech. Agrarier), Außenminister Dr. Benesch (Beamter), Inneres Cerny (Beamter), Finanzen Englisch (Beamter), Handel Berouška (Beamter), Militär Udrzal (Tschech. Agrarier), Arbeiten Horak (Tschech. Gewerbetätiger), Justiz Mayer-Harting (Deutsch-Christl. Sozial), Fürsorge Sirdinko (Tschech. Agrarier), Unterricht Hodzsha (Tschech. Agrarier), Post Spina (Deutscher Agrarier), Eisenbahn Rosek (Tschech. Kathol.), Slowakei Kallay (Beamter).

Die deutschen Minister Spina und Mayer-Harting sind von Beruf Professoren an der deutschen Universität in Prag; Spina ist Philologe (Slawist), Mayer-Harting Lehrer des Verwaltungsrechts.

Am 28. Oktober feiert das Tschechenium alljährlich das historische Datum der Errichtung seines Staates; der Tag ist zum obersten Staatsfeiertag erklärt und soll auch den Minderheitsvölkern immer wieder die Tatsache ins Gedächtnis rufen, daß sie im Nationalstaat der Tschechen leben — eine Tatsache, die ihnen ja tagtäglich auf Schritt und Tritt durch die zweisprachigen Aufschriften und Fahrkarten, durch die einsprachig tschechische Bezeichnung der Postwertzeichen, Monopolabwaren und verschiedenes andere mehr ins Bewußtsein gerufen wird. Wenige Tage vor diesem Staats- und Nationalfeiertag vollzieht sich das wichtige Ereignis, daß zum ersten Male Angehörige, ja Wortführer des wichtigsten Minderheitsvolkes, der Sudetendeutschen, in die Prager Regierung eintreten und die Leitung von Ministerien übernehmen. Freilich wäre diese Tatsache ungleich wichtiger, wenn ihr ein Friedensschluß zwischen dem Staat und seinen deutschen Bürgern vorangegangen wäre, zumal die Sudetendeutschen so gut wie geschlossen bisher in scharfer Opposition gegen den Staat gestanden haben, der ihre nationalen Forderungen nicht erfüllte, und gegen den sie unausgesetzt die lautesten Beschwerden erhoben, daß er selbst das gesetzlich gewährleistete Recht von Minderheitschutz fortbauend zum Nachteil der Sudetendeutschen verlege. Wie die vorstehende Meldung sagt, haben diejenigen deutschbürgerlichen Parteien, die nun die Regierungskoalition mit einer Anzahl tschechisch-bürgerlicher Parteien bilden, keinerlei Zusicherungen in national-politischer Hinsicht erhalten; trotzdem werden selbstverständlich die deutschen Minister in ihrem Ressort Versuche machen, um zugunsten ihres Volkstums verhindern zu können.

Als Minister für die Post und die Justiz haben die deutschen Minister gute und reichliche Gelegenheit zu solcher Arbeit. Sind doch beide Ressorts besonders stark zur Tschechisierung benutzt worden, indem tschechische Post- und Justizbeamte in deutsche Gegenden versetzt wurden, wogegen die deutschen Beamten in rein tschechische oder slowakische Bezirke abwandern mußten. Diese Stellenpolitik hat die Minderheit ganz besonders empört, kommt doch jeder einzelne mit dem Postamt in häufige Berührung und sehr viele auch mit den Gerichtsbehörden; man kann sich denken, wie es auf die Deutschen wirken muß, wenn sie merken, daß der Beamte, der doch für das Volk da ist, seine Sprache nur mangelhaft beherrscht oder erkennen läßt, daß er sie nur ungern spricht. Er muß es ja tun, wenn die Minderheit über 20 Proz. der

Um die Regierung in Preußen.

Es wird verhandelt.

Zur Frage der Regierungsumbildung in Preußen wird gemeldet:

Das Zentrum hat der Deutschen Volkspartei zugesagt, mit den beiden anderen Koalitionsparteien Führung zu nehmen, inwieweit sie grundsätzlich bereit seien, über die Frage der Bildung der Großen Koalition zu verhandeln. Daraufhin ist das Zentrum gestern vormittag an die Demokraten und Sozialdemokraten herangetreten. Mit den Demokraten wurde Übereinstimmung dahin erzielt, daß es zweckmäßig sei, Verhandlungen durch den Ministerpräsidenten selbst führen zu lassen. Die Demokraten erklärten sich damit einverstanden, daß das Zentrum eine entsprechende Anregung an den Ministerpräsidenten gelangen lasse.

Ein Ergebnis ist von diesen Verhandlungen, die zunächst erst langsam in Gang kommen, so bald nicht zu erwarten. Auch stehen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch Zentrum und Demokraten auf dem Standpunkt, daß die Sache gar nicht so eilig ist.

Wilhelm bleibt, wo er ist.

Keine Rückkehr nach Deutschland.

Aus Amsterdam meldet WTB:

Zu den in der Presse der verschiedensten Länder wiederholt aufgetauchten Meldungen, daß der ehemalige deutsche Kaiser binnen kurzem nach Deutschland zurückkehren beabsichtige und daß mehrere ausländische Regierungen aus diesem Grunde bei der niederländischen Regierung Schritte unternommen hätten, erfährt der Amsterdamer Berichterstatter des WTB. von zuständiger Stelle, daß bei der niederländischen Regierung weder von der Seite des ehemaligen Kaisers noch von Seiten irgend einer ausländischen Regierung Schritte mit Bezug auf die Möglichkeit einer Rückkehr des Kaisers nach Deutschland unternommen worden sind. Bei der niederländischen Regierung ist auch nichts darüber bekannt, daß der ehemalige Kaiser aus Gesundheitsrücksichten Haus Doorn verlassen möchte.

Das Gerücht von einer bevorstehenden Rückkehr des Kaisers ist bekanntlich durch eine mißverständliche Auslegung des von Schloß Homburg handelnden Paragraphen des Hohenzollernvergleichs entstanden. Red. d. B.)

Bayerische Hezge gegen den Femeauschuß. Deutschnationale und Bayerische Volkspartei Hand in Hand.

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Es ist in letzter Zeit kein Tag vergangen, an dem die Reichspresse Bayerns nicht in immer neuen Variationen das Ansehen des Reichstagsausschusses im allgemeinen und einzelner seiner Mitglieder im besonderen verächtlich zu machen ver sucht hat. Vor einigen Tagen hat schon der bayerische Ministerpräsident

Dr. Held nachstehende „Regensburger Anzeiger“ in einem heherischen Artikel geschrieben: „Die Tätigkeit des Femeauschusses in München ist eine Dohrkegel in das Gesicht des bayerischen Volkes, ein Fausthieb in dem rücksichtslosen Kampf, den der wurzellose, defekante Berliner Geist gegen das erschütterte bayerische Volk führt.“ Am Dienstag nun hat diese Hezge einen gewissen Höhepunkt erreicht mit einem Artikel des Hugenberg-Blattes, der „München-Kugsbürger-Abendzeitung“, die schon vor einer Woche aufforderte, „dem Dr. Lovl in München das Maul zu stopfen“. In seiner Dienstaussage schreibt dieses Blatt, das seine Informationen laufend von dem deutschnationalen Mitberichter Dr. Schäffer erhält, folgendes: „Das systematische Bestreben der Vintspresse, die bisherigen Untersuchungsergebnisse in das Gegenteil umzulügen, droht eine Stimmung in Bayern hervorzurufen, die eines Tages zu einer Explosion führen kann. Diese Gefahr wird größer, je länger der Ausschuß in München tagt. Ueber das alles sollte sich die bayerische Regierung klar werden. Irgendein Zwischenfall wäre für Bayerns Ansehen außerordentlich schädlich. Es scheint uns daher notwendig, vorzubringen. Es besteht unseres Erachtens für die bayerische Regierung die Frage, ob sie es wagen muß, daß auf bayerischem Boden in der Form eines Gerichtsverfahrens unter amtlichem Mäntelchen von einer Person wie Lovl eine demagogische Hezge gegen Bayern betrieben werden darf.“

In derselben Weise wird die Dessenlichkeit tagtäglich von einer Reihe Provinzialblätter, die mehr oder weniger unter der Kontrolle des „Bayerischen Heimat- und Königsbundes“ stehen, aufgepuscht. Der Zweck dieser unverhüllten Drohungen ist klar. Die Feststellungen vor dem Femeauschuß sind diesen Patentpatronen mit dem schlechten Gewissen außerordentlich unangenehm. Aus diesem Grunde verschleiern sie ihren Lesern auch grundsätzlich alle jene dunklen Geheimnisse, in die der Femeauschuß in München bisher schon mit so großem Erfolg hineinkuckten konnte.

Die belgische Parteipolitik.

Würdigung des Gemeindevahlergebnisses.

Brüssel, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im sozialistischen Generalkrat referierte Vanderweide am Dienstag über die politische Lage. Er stellte fest, daß die Gemeindevahlen für die Partei keine wesentlichen Verluste gebracht haben. Verschiedene Delegierte unterstrichen allerdings, daß für die Partei Stillstand schon Rückschritt sei und der Wahlausfall eine Überprüfung der Gesamtlage und der Parteitaktik erfordere.

Von maßgebender Seite wurde erklärt, daß die Frankens-Stabilisierung in wenigen Wochen durchgeführt sein und vermutlich eine Umbildung der Regierung zur Folge haben werde. Die Partei werde dann zu prüfen haben, ob sie in der Regierung bleiben oder austreten wolle. Argumente für und wider wurden geltend gemacht, dann aber beschloffen, die Entscheidung einem außerordentlichen Parteitag zu überlassen, der einberufen werden soll, sobald die Frage spruchreif geworden ist.

Bevölkerung im Bezirk ausmacht — aber in den Bezirken, wozu man solche Beamte mit Vorliebe schickt, macht die „Minderheit“ oft nur wenig unter 100 Proz. aus! Diese Beamtenpolitik ist von dem Gedanken eingegeben, daß man die etwa vorhandene tschechische Minderheit künstlich stärken oder sie auch gar erst schaffen, weil dem Richter, Beamten, Gendarmen und Amtsdienern bald auch die Handwerker und Händler folgen, so daß dann die „Notwendigkeit“ gegeben ist, der Gemeinde die Errichtung und Erhaltung einer tschechischen Schule aufzutragen. Die deutschen Minister werden darüber zu wachen haben, daß dieses Uebel nicht noch weitergetrieben wird.

Nicht ein deutsch-tschechischer Friedensschluß hat den Eintritt deutschbürgerlicher Politiker in die Prager Regierung herbeigeführt, sondern die wirtschaftliche Interessengemeinschaft der deutschen und tschechischen Agrarier hat diese Verbindung zur Folge gehabt. Als vor einigen Monaten die Regierung Zollerhöhungen, sowie die Erhebung der gleitenden Getreidezölle durch feste Zollsätze verlangte, nahmen die tschechischen Sozialdemokraten und, ihnen folgend, auch die tschechischen Nationalsozialisten im Interesse der breiten Konsumentenschaft gegen diese Vorlage in der schärfsten Weise Stellung; sie waren dazu nicht nur durch ihre Grundzüge, sondern durch die auch in der Tschechoslowakei zunehmende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gezwungen, die die ohnehin sehr ungünstige materielle Situation der Lohn- und Gehaltsempfänger noch bedeutend verschlechterten. Diese beiden tschechischen Arbeiterparteien traten aus der Regierung aus und gingen in die Opposition, in der sie sich mit den deutschen Sozialdemokraten zusammenschloßen. Die Stimmen, die auf solche Art der Regierung verloren gingen, wurden ersetzt durch die deutschen Agrarier, Christlichsozialen und Gewerdeparteller, wobei die Christlichsozialen als Entgelt eine Erhöhung der staatlichen Mindestgehälter für die katholischen Geistlichen, der sogenannten Kongregas forderten und erhielten. Da die tschechischen Sozialdemokraten und auch die Nationalsozialisten — aus deren Fraktion Dr. Beneš unter Niederlegung seines Abgeordnetenmandats ausstieg, um entsprechend dem Wunsch Masaraks Außenminister bleiben zu können — gegenüber dem Zollkurs in der Opposition verharren, blieb den Zollparteien nichts anderes übrig, als ihren Zusammenhalt zu verlängern und zu befestigen; das ist die Ursache des Eintritts deutscher Politiker in die tschechoslowakische Regierung. Sie wird es nicht leicht haben, denn die Opposition verfügt über eine sehr große Stimmenzahl. Diese Opposition ist allerdings überaus heterogen; stehen doch in ihr neben den staatsbeherrschenden tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten die den tschechoslowakischen Staat unbedingt verneinenden deutschen Nationalisten und selbstverständlich auch die Kommunisten, während die deutschen Sozialdemokraten sowohl aus Gegnerschaft gegen die Wirtschaftspolitik dieser Regierung wie auch wegen der Rechtsgewährung voller Gleichberechtigung und Selbstverwaltung an die Sudetendeutschen, sowie wegen der aggressiven Tschechisierungspolitik in der Opposition bleiben, die sie seit der Errichtung dieses Staates geleistet haben.

Hindenburg in Braunschweig.

Reichsbanner und Sozialdemokratie bleiben fern.

Braunschweig, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichspräsident ist von der braunschweigischen Stahlhelm-Regierung eingeladen worden, dem Freistaat Braunschweig einen Besuch abzustatten. Der Reichspräsident hat zugesagt und wird am 15. Oktober in Braunschweig eintreffen. Die sozialdemokratischen Fraktionen des Landtags und der Stadtverordnetenversammlung sowie das Reichsbanner und die sozialdemokratische Parteioffiziersorganisation haben beschlossen, nicht an den Empfangsfeierlichkeiten teilzunehmen. Ausschlaggebend für diesen Beschluß war die Stellung des Reichspräsidenten, die er während des Volksentscheids in seinem bekannten Briefe an den Präsidenten des Reichsbürgerrates von Loebell eingenommen

Abgesang.

Von Hans Fr. Blund.

Sieh, Frau, wie das Laub sinkt und den Bäumen um die Früchte spielt, alle Furchen füllt und die Wege mit seinem leisen braunen Klingeln überströmt. Freilich die Luft scheint noch warm, jetzt, da sich unser Leib um die letzte Ernte müht. Aber der Mittag trägt, der Herbst steht tief im Land. Wie ein brauner Ozean droht es aus dem Wald, voll vorfrüher Abendfälle. Jedesmal, wenn wir uns über die Erde bücken, schiebt er sich ein wenig vorüber, wartet wieder und läßt rauschend keine Vorwellen brauner Blätter über die Äcker treiben, bis wir ihm trauen und uns wieder zur Erde beugen.

Wie gelb doch der Wind fährt! Im Sommer lief er tiefgöndel über die Felder zur Mittagszeit, jetzt einfarbt ihn der blasse Himmel und das Rotbraun der Wälder wärmt ihn nicht, glimmt nur wie ein spukhafter kalter Brand. Ja, du hast recht, die Früchte glühen dafür dunkler in unserer Hand. Gibt es Schöneres, als eigene Ernte zu pflücken von den Bäumen, die wir fern von der Stadt auf unserm Acker pflanzen? Ich sehe, wie die Freude dir die Wangen rötet. All die purpurnen Kessel in deinem Korb, Eoo, all die weißen Bohnen, die aus den trockenen Schoten fallen. Wenn die Menschen wüßten, wie glücklich dieses Sommers Sonntage waren, vom Pflanzen zum Blühen, vom Blühen zur Hoffnung und von der Hoffnung zur Ernte.

Ein frühes Abendgemälde troch vor die Sonne. Die Schatten sind kalt, alle Bäume frühesten. Jetzt kommt die Stunde, das Rattelfeld zu brennen. Es ist mir schon als Kind wie ein rechtes Erntedankfest vorgekommen. Sieh, drüben beginnen sie jetzt damit, H's nicht, als schließe die Erde ihre roten Augen auf, die durch den Rauch glimmen und prüfen, ob alles in die Scheuer gefahren ist, ehe sie den Winter ruft.

Es war heut einer der letzten Sonntage, Frau, ich grabe und taste noch ein paar dunkle Abende, dann können Frost und Risse kommen. Und wir Menschen freuen uns, in die Städte zu kriechen und Monot und Monot warm zu sitzen und auf den Frühling zu hoffen. Sieh, wie sich das Sonnenland in die Wolken verschließt. Schattig schwarz liegt der tiefe Abendhimmel, kaum weiß man, woher das letzte Leuchten auf den Wäldern kommt. Nur ein schmales Bierschälchen überm Westen läßt höher hinaus schauen, wie durch eine Tür in ein anderes Land. Und so sieht man unendlich weit und hoch noch ein paar Streifen grünen Himmels und ein paar weiße Wäldchen dazwischen, die fern, immer ferner fahren.

Langsam gehen die Türflügel zu, das Land wird blind. Nur der ferne Bahnhof leuchtet, er ruft heim zum Winterschlaf in den steinernen Kammern: Komm rasch, ehe Nebel und Frost uns schliefen mochten.

hatte. Auch die Kleinrentner haben in einer stürmischen Versammlung beschlossen, sich nicht um den Besuch des Reichspräsidenten zu kümmern, da er die Hoffnungen der Kleinrentner in der Aufwertungsfrage nicht erfüllt habe.

Die Feme in Bayern.

Weitere Vernehmungen im Ausmaß.

München, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bevor der Zeuge Gademann im weiteren Verlauf seiner Vernehmung über seinen unkontrollierten Besuch des Beurer im Gefängnis Augsburg gebrüt wurde, legte ihm der Vorsitzende die Frage vor, ob er vor seiner Niederlassung als Rechtsanwalt auch andere juristische Vertretungen übernommen hatte, ob er jemals vor einer Strafkammer aus eigenem Recht als Verteidiger aufgetreten sei, was gegen die Bestimmungen der Strafprozessordnung verstoßen würde. Gademann: Ich bin wiederholt aus eigenem Recht als Verteidiger aufgetreten, bevor ich Rechtsanwalt war. Die betreffenden Gerichte haben niemals mein Recht auf Verteidigung bestritten. Abg. Landsberg: War auch ein Fall der notwendigen Verteidigung dabei? Gademann: Das weiß ich nicht. Abg. Kempf: Aber das müssen Sie doch wissen! Vor: Sind Sie tatsächlich in London gewesen? Gademann: Ich war in London.

Den Besuch bei Beurer im Gefängnis zu Augsburg stellte Gademann im allgemeinen genau so dar, wie das der Zeuge Staatsanwalt Kriedl getan hat. Abg. Levi: Sie waren bei Kriedl ein Jahr vorher im Auftrag des Justizministers und ein Jahr später kommen Sie als Verteidiger eines Mannes, der in den Nord verurteilt ist. Wie haben Sie diese Wertwürdigkeit dem Staatsanwalt Kriedl erklärt? Gademann: Ich glaube, davon ist gar nicht gesprochen worden. Bei den damaligen Verhältnissen erschien das dem Staatsanwalt wohl als nichts Außergewöhnliches. Abg. Levi: Sind Sie heute in der Lage, eine schriftliche Vollmacht als Verteidiger des Beurer vorzulegen? Gademann: Momentan habe ich keine schriftliche Vollmacht. Ob bei den Akten eine solche liegt, weiß ich nicht. Als dann Gademann nochmals erklärt hatte, daß er über den Komplex Beurer-Braun auf Grund des § 53 der Strafprozessordnung die Aussage verweigere, wird er verurteilt und entlassen.

Der Ausmaß wird sich später darüber schlüssig werden, ob die Spannsprache der Zeugnisverweigerung zu Recht besteht.

Anschließend wurde, von zwei Kriminalbeamten begleitet, der Zuchthausgefangene Georg Bracher herbeigeführt. Der Zweunddreißigjährige macht einen lebhaften Eindruck. Er wird zunächst vom Vorsitzenden und später auch vom Abg. Schäfer nach der Ursache seiner Verurteilung gefragt worauf er erklärt, am 13. März 1923 wegen versuchten Landesverrats zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt worden zu sein. (Bewegung.) Da der Vorsitzende diese unangenehme Strafe taun für möglich hält, wiederholt er noch einmal seine Frage, worauf Bracher folgendes bekundet: Ich war im Jahre 1922 bei der Saar-Regierung tätig, es wurde mir aber bald bezeugt, ich solle das Saargebiet verlassen, worauf ich Aufenthalt in der Polz nahm. Dort traf ich einen mir bekannten Agenten, der mich anhielt, ihm drei oder vier junge Leute aus Bayern zuzuführen, um Ausschüsse über die politischen Verhältnisse in Bayern usw. zu bekommen. Ich fuhr zu diesem Zweck nach München, traf dort mit dem mir durch seine Tätigkeit bei der Entente-Kommission bekannten Vest zusammen und trug ihm meinen Auftrag vor, worauf er mir versprach, mir solche Leute zuzuführen. Ich kehrte nach Ludwigsbach zurück. Bald darauf sprach bei mir ein Hauptmann der Grünen Polizei aus München

vor und brachte einen ganzen Stoß Material über die Organisation bei der Polizei mit, das sich aber später als gefälscht herausstellte. Ich wurde nach München geleitet und dort verhaftet, alsdann wegen versuchten Landesverrats vor dem Volksgericht zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bracher erzählte dann seine Tätigkeit in München im Jahre 1920-21 bei der Entente-Kommission und bei der Münchener Polizei. Er ist ein geborener Münchener, war von seinem 16. bis 26. Lebensjahre in Frankreich. Nach dem Kriege ist er im Jahre 1920 nach München gekommen und hat dort mit einem französischen Offizier, den er von Frankreich her kannte, Fühlung genommen. In dieser Zeit hat er auch den Vest kennengelernt, der mit ihm bei der Entente-Kommission und der Polizei zusammenarbeitete. Durch Vest habe ich, so erzählte der Zeuge weiter, den

Schweighart kennengelernt, der eine Vertrauensperson im Ministerium

war. Die Entente-Kommission hatte damals noch nicht den Auftrag zur Entwaffnung. Bayern sollte nicht entwaffnet, sondern nur kon-

trolliert werden. Schweighart hatte mit mir für die ihm gemeldeten Waffenvorräte einen festen Preis pro Stück ausgemacht. Er hat aber nie etwas bezahlt. Die Kenntnis von den Waffenvorräten hatte ich von Anzeigebriefen, die ich von Einläufen bei der Entente-Kommission selbst entnommen hatte. Später verlangte Schweighart, daß ich auch die Angelegenheit von Waffenvorräten nennen soll. Einmal habe ich den Vest zu dem Kaufmann Jeller geschickt und ihn warnen lassen, er solle keine Waffenvorräte verstecken, da sie verraten seien. Als ich den Jeller später selbst traf, übergab er mir 30 000 M. für die Remuneration des Verräters. Ich wurde noch in der gleichen Stunde verhaftet und bei der Polizei nahm man mir das Geld wieder ab. Später hat man mich wieder freigelassen. Bei der Polizei wurde ich dem Herrn

Glafer in Gegenwart des Polizeipräsidenten Döhner vorgestellt.

Glafer hat von meiner früheren Tätigkeit mit Schweighart bereits gemerkt. Er sagte, es sei nicht nötig, daß ich mich mit solchen Leuten wie Schweighart abgab, ich sollte doch mit den Behörden zusammenarbeiten. Ich hatte den Eindruck, daß Glafer und Schweighart miteinander konfurierten.

Den Döhner habe ich durch Vest kennen gelernt. Döhner mußte von einem Waffenvorrat, er wollte es aber nicht an die Entente verraten, sondern genau, wie es die anderen Leute auch machten, die Waffen verstecken. Wir vereinbarten, daß ich mit Glafer über die Sache spreche. Bei der Besprechung mit Glafer lernte ich den Böhmer kennen. Wir verabredeten uns, daß Böhmer direkt mit Döhner in Verbindung trete. So kam die

bekannte Autofahrt mit Döhner

zustande. Ich wartete in jener Nacht auf die Rückkehr Böhmers an verschiedenen Plätzen Münchens, um meinen Lohn in Empfang zu nehmen. Am anderen Tage berichtete mir ein gewisser Danner, ein Freund Döhners, daß Döhner überfallen worden ist, und er behauptete, daß ich den Ueberfall verschuldet hätte. Als ich mich bei der Polizei erkundigte, wußte Glafer noch nichts vom Ueberfall. Danner sagte mir noch, daß Döhner und seine Freunde mir nach dem Ueberfall trachteten, weil sie der Meinung seien, ich hätte den Ueberfall veranlaßt. Das erzählte ich wiederum dem Glafer, wobei Böhmer zugegen war. Beide Herren gaben mir

nur sehr verlegene, ausweichende Antworten.

Als ich dem Böhmer gegenüber äußerte, daß wohl auch der inzmitteln bekannt gewordene Nord an der Sandmeier von denselben Leuten ausgeführt worden sei, die den Ueberfall auf Döhner gemacht hatten, meinte Döhner: „Rein, das waren die Anderen.“ Der Name Schweighart ist in diesem Gespräch auch mehrmals genannt worden. Böhmer wollte mir 1000 Mark geben, die ich aber nicht annahm, weil nach meiner Ueberzeugung Döhners Blut an diesem Gelde klebte. Ich äußerte meine Besorgnis wegen der Bedrohung Döhners, u. a. auch dem Jeller gegenüber, der mich beschwichtigte. Er zog aus beiden Taschen Pistolen hervor und meinte, das macht man einfach so. Einmal sagte Jeller auch, dieser Döhner müsse weg. Jeller gab mir 1000 Mark für verschiedene Dienste, die ich ihm geleistet hatte. Bei einem neuen Besuch in der Wohnung Danners traf ich Döhner, der mich über seinen Ueberfall aufklärte und als seine feste Ueberzeugung aussprach, daß an ihm ein Nordverrat verübt worden ist.

Der Zeuge berichtet dann eingehend über das bekannte

Telefongespräch mit dem Polizeibeamten Glafer.

„Ich traf“, so erklärte er, „den Abgeordneten Gareis in der Wohnung des Danner. Gareis sagte, er wolle den Fall Döhner unter allen Umständen aufdecken. In erster Linie wollte er in Erfahrung bringen, ob bei dem Ueberfall auf Döhner höhere Polizeibeamte mitgewirkt haben. Bei Glafer war mir diese Frage noch zweifelhaft. Daß er die Autofahrt organisiert hatte, wußte ich. Entweder fürchtete er sich vor der Einwohnervermehr, die so viel wichtiger war als alle bayerische Polizei zusammen oder aber er unterstützte ihre Bestrebungen. Ich ging zuerst nochmals zu Glafer und hielt ihm entgegen, was ich von der Sache denke. Glafer antwortete ausweichend und sagte: „Halten Sie sich gut, und unsere Sache steht gut.“ Mit Gareis ging ich dann zu einem Kreis von Rechtsanwältinnen. Die Herren machten aus, daß ich ein Telefongespräch führen sollte, durch das ermittelt werden sollte, ob ich beweisen könne, daß Glafer Militär oder Mitwisser ist. Ich sollte mich so stellen, als ob ich den Döhner befehligt gehabt hätte und sollte daraus erfahren, wie sich die Polizei zu diesem vermeintlichen Nord stellen würde. Die Herren sollten den Eindruck haben, daß Glafer meinte, Döhner sei tot.“ Vor: Warum kamen Sie gerade auf den Gedanken, dem Glafer eine solche Tatsache mitteilen zu wollen, die ihn doch zum mindesten sehr überraschen mußte. Zeuge: Ich tat dies, weil ja doch Glafer wußte, daß

Aus der Werkstatt des Größenwahns.

Neben D'Annunzios Dichterheim turrieren merkwürdige und größtenteils sehr unglauwbare Gerüchte. Um so wertvoller ist es, an Hand der folgenden Beschreibungen eines Augenzeugens einen Blick in das tägliche Leben dieses anscheinend dem Größenwahn verfallenen dichterischen Pathologen werfen zu können. D'Annunzios Besitz sind größere, in sich abgeschlossene Ländereien, die vom Gardasee aus sich ins Land hineinziehen und auf denen mehrere Bauernhöfe stehen. Er selbst bewohnt die dem deutschen Professor Thode geraubte Villa. Er hat sein eigenes Militär, eigene Patrouillen, ein großes Motorboot mit Maschinengewehren und überall in seinem Besitz stehen Kanonen, Maschinengewehre und Minenwerfer.

Er baut jetzt sein eigenes Theater mit 30 Plätzen und einer Bühne, die fünfmal so groß ist als der Zuschauerraum. Die Plätze kosten jeder 10 000 Lire (1) und sind schon auf zwei Jahre an Amerikaner und Engländer vorausverkauft. — Jeden Tag findet eine Vorstellung um 48 Uhr statt. Er selber steht um 4 Uhr auf. Um 48 Uhr werden ihm seine drei Lieblingspferde „Konietto“, „Blade“ und „Grappa“, vollständig ausgezäumt und gefesselt, mit dem Wappen des „Prinzepe del Rome Revojo“ versehen, vorgeführt, worauf er eins nach dem anderen unabhängig auf das Maul läßt. Dann werden sie wieder in den Stall geführt. Bis 57 Uhr geht er mit seinen 30 russischen Windspielen in seinen Besitzungen spazieren. Dann frühstückt er. Bis 611 Uhr schreibt oder liest er. Um 11 Uhr findet Gabelfrühstück statt. Von 11 bis 3 Uhr verabschiedet er von der Bildfläche und kein Mensch kann sagen, wo er ist und was er tut. Die Nachmittagsstunden benutzt er wohl, um seine Liebesabenteuer für den Abend einzuleiten. Denn trotz seiner 64 Jahre ist er noch sehr liebesüchtig. Dabei ist er aber sehr wahllos.

Die Regierung macht alles nur Mögliche, um ihn in Gorbone zu behalten; denn seine unangenehme Intervention in der Rime-Frage hat sie vorfristig gemacht. Oft kommt es vor, daß er Besuch von Regierungsmitgliedern und anderen hochgestellten Persönlichkeiten bekommt. Das Zeremoniell, das bei solchen Besuchen eingehalten wird, verdient nähere Betrachtung. Bevor die Besucher sein Besitztum betreten, müssen sie sich alle in Röschstutzen kleiden. Er selber ist in Galauniform eines Großadmirals des Gardasees, bemäntelt mit Säbel, Bajonett, Revolvern und Pistolen! Nun läßt er eine kleine Rede. Beim letzten Besuch des Kultusministers Graf Hedete sprach er davon, daß er sich im Geruch der Heiligkeit befinde und daß dieser Geruch weite Strecken durchdringt und sogar bis zu einer polnischen Dame nach Warschau gelangt sei. Er sei von drei Genien besessen: dem Genius des Guten, der Kunst und des Schreckens.

Nach diesen Worten betritt man einen Platz, auf dem sich hübschenmäßig aufgestellte Chorstäbe aus Peitadura (eine Statue) befinden, in deren Zentrum sich eine 28 Meter hohe Statue erhebt. Alle nehmen Platz und D'Annunzio ersteigt nun einen Hügel, auf dessen Gipfel sich eine riesige Statue des Heiligen Franz von Assisi befindet, die mit einem Säbel gegürtet ist. Dort wirft er sich auf die Knie und verweilt zwei Stunden in Vergötzung. Dann erhebt

er sich und verkündet seinen Gästen, daß er für sie gebetet habe und daß sie nun von ihren Sünden losgesprochen seien. Die Gäste folgen ihm nun nach und man kommt zu einer uralten hölzernen Brücke, die über einen Wildbach führt. Dort muß jeder 10 Centesimi zahlen, bevor er die Brücke betritt und darf dafür auf der Brücke im stillen einen Wunsch aussprechen, der in Erfüllung zehen soll, was in diesem Falle D'Annunzio mitgeteilt werden muß, da er alle solche in Erfüllung gegangenen Wünsche in einem libro d'oro sammelt.

Glashäuser. Architekt O. A. Behrens, Berlin, veröffentlicht in der Zeitschrift „Kristall-Spiegelglas“ interessante Entwürfe für Glashäuser und begleitet sie mit einigen programmatischen Sätzen, aus denen wir folgendes wiedergeben: Häuser können den Benutzer von der Natur oder dem Leben abschließen, den Benutzer aber auch eng damit verbinden. Glashäuser und ähnliche Bauten sollen den Bewohner vor Witterungsunbill schützen, ohne ihn von seinem Garten zu trennen. Untere heutige Villen sind mehr oder weniger elegante Steinlitter; spätere Generationen werden diese Selengefängnisse belachen. Die Kämpfer für Glas- und Eisenbahn werden von am Erlernten hängenden Kollegen und Publikum leider nicht ernst genommen. Vor Tausenden von Jahren baute man in Stein und Holz, das ist auch jetzt noch gut, sagen die konservativen Bauleute. Warum fahren diese im Auto oder im Flugzeug und laufen nicht lieber zu Fuß wie vor Jahraufenden? Laßt sie in ihren Kertern vegetieren. Wir wollen und können in der Natur leben, das Kristallspiegelglas ermöglicht es uns. Die Räume fassen sich in die Natur hinein. Licht, Luft, Sonne. Der Geist wandert ungehindert in die Weite. Der Bewohner lebt in dem Garten ruhig und glücklich, doch vor jeder Wetterunbill geschützt. Alle Kristallspiegelgläser lassen sich versenken, gleichfalls die Vorhänge für den Sonnenschutz.

Das Jungfrauoch als Forschungsstation. Auf dem Felsen über der Station der Jungfrauobahn, auf dem Jungfrauoch, wird jetzt ein Gebäude errichtet, das ein Institut für Hochgebirgsforschung auf dem Gebiete der Meteorologie, Physik und Astronomie aufnehmen soll. Ein aus dem Tunnelbahnhof abzweigender Zugangsstollen gewährleistet jederzeit eine völlig gefahrlose Erreichbarkeit der Station. Vorkünftig ist für die meteorologischen Aufzeichnungen, wie Prof. Th. Herzog in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ mitteilt, ein Instrumentarium im Eis des 3500 Meter hohen Gletscherloches errichtet worden; im „Berchhaus Jungfrauoch“ haben zwei Räume das astronomische Laboratorium aufgenommen, und eine Terrasse ist für das kostbare Spiegelteleskop zur Verfügung gestellt, mit dem schon die wertvollsten Beobachtungen gemacht worden sind.

Ein neuer Hobbema. Auf dem Zaunwege hat die Gemäldegalerie des Berliner Kaiser-Friedrich-Museums jetzt eine kleine Landschaft des Niederländers Pieter Hobbema erworben. Das Werk zeigt in einem Walde ein Gebüsch und damit eine der Lieblingsmotive des großen Landschaftlers, von dem das Museum bisher nur eine wenig bedeutende Waldlandschaft, ebenfalls in den Berliner Schloßgärten, besaß.

Der Boverkrieg im Film. Die Prometheus-Filmgesellschaft will die Geschichte des deutschen Boverkrieges verfilmen. Das Manuskript hat Dr. Gerbert Rosenfeld geschrieben.

Bereits Zeller davon gesprochen hatte, dieser Dobner müsse weg. Außerdem wußte Glaser, daß ich den Dobner wegen jenes Ueberfalles zu fürchten hatte. Vorh.: Was wollten Sie damit sagen, daß Sie erklärten, Sie hätten den Dobner „sozusagen indirekt befreit“? Zeuge: Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, daß ich den Dobner geliebt oder doch mindestens keine Tötung veranlaßt habe, also daß ich der Mörder oder derjenige bin, der ihn ermorden hat lassen. Abg. Oehl: Glaser sagt, das Telefongespräch habe er nicht so aufgefaßt, daß da von einer Ermordung des Dobner die Rede sein konnte. Dies hätte er auch gar nicht so aufpassen können, weil er damals überhaupt gar nicht feststellen konnte, daß dem Dobner auf jener Autoschrit Gewalt angetan worden sei. Ich frage Sie: Ist in den zwei Unterredungen, die Sie vor dem Telefongespräch mit Glaser mündlich hatten, von dem dem Dobner angetanen Gewalt gesprochen worden? Zeuge: Ja wohl. Abg. Spuler (Dnl.): Sie waren der Ueberzeugung, daß es in München eine Mörderzentrale gab? Zeuge: Ja. Die Vernehmung Brachers wurde darauf vorläufig beendet und der Ausschuss beschloß, den Kaufmann Zeller zu vernehmen. Zur eventuellen Konfrontierung mit Zeller bleibt Bracher noch bis Mittwoch in München. Die Sitzung wurde auf Mittwoch vertagt.

Thüringer Justiz.

Das Meineidsverfahren gegen den Oberstaatsanwalt

Weimar, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der zweite Verhandlungstag im Prozeß Frieders begann mit der energischen Feststellung eines Verteidigers, daß die Sozialdemokratische Partei keineswegs die Prozeßkosten für die Verteidigung trage. Alle umlaufenden Gerüchte in dieser Richtung seien frei erfunden. Er betonte gleichzeitig, daß die Sozialdemokratie mit diesem Prozeß auch nicht das geringste zu tun habe. Nach der Vernehmung des Oberregierungsrats Frede und des Regierungsrats Rehner, die nichts Belastendes für den Angeklagten vorbringen konnten, wurde der Oberstaatsanwalt beim Landgericht in Weimar, Hans, vernommen, der über die technische Behandlung der Akten Auskunft geben sollte. Er sagte aus, daß Floel bei ihm die Akten mit dem ersten Einstellungsentwurf geholt und später diese Akten mit einem anderen Einstellungsbeschlusse zurückgegeben habe. Der erste Einstellungsbeschluss sei vom Oberstaatsanwalt gegengezeichnet gewesen, während der zweite das Signum des Oberstaatsanwalts nicht gehabt habe. Dadurch sei ihm aufgefallen, daß ein anderer Einstellungsbeschluss vorliege. Er habe dann den Entwurf aus den Akten herausgenommen und in das Fach des Oberstaatsanwalts gelegt. Später hätte er dann den Entwurf wieder mit dem Signum des Oberstaatsanwalts vorgefunden. Bei der Vernehmung des Justizrats Erhardt, der sich im Senzer Prozeß als Nebenkläger für die Regierung angeschlossen hatte, stellte unter Protest der Verteidigung der Vertreter der Anklagebehörde an diesen Zeugen die Frage, ob Frieders trotz Discretion über eine Anwaltsassoziation gesprochen habe. Da die Verteidigung einen Beschluss des Gerichts über die Zulassung dieser Frage verlangte, zog sich das Gericht zu einer kurzen Beratung zurück und verkündete dann, daß die Frage zugelassen sei. Der Zeuge beantwortete dann die Frage, daß er von dritter Seite über die Anwaltsassoziation gefragt worden sei und betonte, daß er außer mit Frieders mit keinem anderen darüber gesprochen habe.

Am Anschluß daran wurde dann der Staatsanwaltschaftsrat Floel vernommen. Das Wichtigste an dieser Zeugenaussage ist, daß er nicht nur bestritt, den abgeänderten Einstellungsbeschluss ohne Wissen des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders gemacht zu haben, sondern heute zum ersten Male behauptet, Frieders habe ihn beauftragt, den Finanzminister von Müchinger auszusuchen und mit ihm den Einstellungsbeschluss durchzusprechen. Das ist von Floel in dem früheren Verfahren noch niemals behauptet worden. Von Müchinger will er dann, nachdem dieser erklärt habe, daß er schon der Staatsanwaltschaft überlassen müsse, ob in dem Vord-Prozeß nichts herauszuholen sei, Anregungen über Abänderungen des Einstellungsbeschlusses erhalten haben. Floel habe dann, so erklärte er weiter, mit Frieders über den zweiten Entwurf gesprochen, worauf dieser ihm noch erklärt habe, er wolle sich doch nicht soviel Arbeit machen. Am nächsten Tage sei dann ein Oberregierungsrat noch einmal zur Staatsanwaltschaft zu Floel gekommen und habe mit ihm noch einmal über den abzuändernden Entwurf gesprochen. Daraufhin habe er diesen Entwurf abgeändert, einen zweiten Entwurf angefertigt und ihn dem allgemeinen Dienstverfehr übergeben. Was dann weiter damit geschehen sei, wisse er nicht. Obwohl selbst das Bureaupersonal des Landgerichts von dem zweiten veränderten Entwurf den Eindruck hatte, daß es sich hier nicht mehr um einen Einstellungsantrag handeln könnte, erklärte Floel als Zeuge heute, daß er sich über den Beschluss des Gerichts, das Hauptverfahren gegen Voeß trotz des Einstellungsantrags der Staatsanwaltschaft zu eröffnen, gewundert habe.

Schützt die Geistesfreiheit!

Ein Aufruf gegen das „Schund“-Gesetz.

Wir werden um Verbreitung folgenden Aufrufs gebeten: Wir rufen auf, die Geistesfreiheit in Deutschland zu schützen. Die Regierung hat in aller Stille ein Gesetz vorbereitet, das vorgibt, die Jugend zu bewahren. Es maschiert sich als Gesetz gegen Schmutz und Schund.

Hinter dem Gesetz verstecken sich die Feinde von Bildung, Freiheit und Entwicklung. Sie zeigen ihr gefährliches Gesicht in dem Artikel von der Mitwirkung der Kirchen bei der Urteilsfindung, von der Allgemeingültigkeit örtlicher Urteile, sie schmeißen sich verräterisch darüber aus, was Schmutz und Schund ist. Das Gesetz, ungeeignet, die Jugend zu schützen, stellt die Erwachsenen, Leser und Schreibenden, unter die erniedrigende Vormundschaft unverantwortlicher Winkelinsanzen. Wir weisen auf die im geheimen umgehende Gefahr. Wir stellen sie der Öffentlichkeit bloß.

Schützt die Freiheit des Gedankens.

Hans Baluschek, Victor Barnowsky, Georg Bernhard, Karl Brecht, Alfred Döblin, Gertrud Eysoldt, Emil Faktor, George Grosz, Maximilian Harden, Wilhelm Herzog, Arthur Hoffknecht, Herbert Ihering, Alfred Kerr, Georg Kolbe, Heinrich Mann, Thomas Mann, Alfons Paquet, Erwin Piscator, Ignaz Wrobel, Heinrich Zille und viele andere.

Der Labour-Kongress.

Nationalisierung des Kohlenbergbaus gefordert.

London, 12. Oktober. (Eig. Drahtb.) Im Mittelpunkt des zweiten Tages der Labour-Konferenz stand nochmals die Bergbaufrage. Abg. Ross unterbreitete eine Resolution, in welcher gegen die Haltung der Regierung während der ganzen Dauer des Bergbaukampfes und insbesondere gegen die gefühlvolle Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau als einer Kapitulation vor den Unternehmern protestiert wird. Die Entschleunigung empfiehlt als einziges Mittel zur Lösung der Probleme des Bergbaues und zur Befundung der Industrie die Nationalisierung der Kohle auf der Basis des Nationalisierungsplanes, welchen der Bergarbeiterverband der staatlichen Kohlen-Kommission unterbreitet hat und welcher die öffent-

stliche Billigung der Gewerkschaften sowie der Exekutive der Arbeiterpartei und ihrer Fraktion im Unterhaus gefunden hat.

Im Namen der Unabhängigen Arbeiterpartei wandte sich der schottische Abg. Kirkwood mit der Begründung gegen die Entschleunigung, daß sie den Arbeitern in ihrem gegenwärtigen Kampf tatsächliche Hilfe nicht brächte. Dieser Auffassung schloß sich ein Duzend Redner, darunter eine Reihe Delegierter aus den Kohlenrevieren an, wobei insbesondere die Forderung nach einer prozentualen Lohnabgabe für die Bergarbeiter und nach einer Kohlentransportsperrre erhoben wurde. Als sich der Eisenbahnersekretär Thomas zum Wort meldete, entstand ein derartiger Tumult, daß dem Redner erst durch Intervention des Vorsitzenden das Wort verschafft werden konnte. Thomas wandte sich

unter Hinweis auf die seit dem Generalstreik eingetretene Notlage der Gewerkschaften gegen alle prozentualen Abgaben. MacDonald betonte, daß die Annahme der Resolution keineswegs praktisch bedeutungslos sei, da sie die nächste Arbeiterregulierung auf die Nationalisierung des Bergbaues festlege. Der Kampf um die Kohle werde nach Abschluß des gegenwärtigen Kampfes in das Unterhaus verlegt werden. Die Abstimmung ergab rund 2 Millionen Stimmen für und 1 Million vertretener Stimmen gegen die Resolution.

MacDonald wurde am Dienstag 60 Jahre alt. Der Kongress brachte ihm aus diesem Anlaß bei Beginn der Sitzung eine Ovation dar. Der Jubilar nahm den ganzen Tag über zahlreiche Glückwünsche entgegen.

Küpfelzonen im Landtag.

Kommunisten toben und prügeln. Sie werden ausgeschlossen.

Die zweite Lesung des Hohenzollernvergleichs im Preussischen Landtag wurde am Dienstag mittag um 12 Uhr begonnen und fand erst in später Abendstunde ihr Ende. An eine geordnete Verhandlung und Beratung war nicht zu denken. Die kommunistische Gruppe bemühte sich auf ihre Art „Obstruktion“ zu machen, indem sie von Anfang bis zu Ende in der rüdesten Form lärmte und schimpfte, zum Teil unterstützt von ihren auf der Galerie versammelten Parteigenossen. Die Folge dieser Art parlamentarischer Betätigung war, daß im Laufe des Nachmittags

eine Reihe von kommunistischen Abgeordneten von der Sitzung ausgeschlossen

wurden; einige von ihnen gingen erst, als Polizeibeamten im Saal erschienen.

Gleich zu Beginn fingen die Kommunisten wieder mit Geschäftsordnungsanträgen an, die sie umständlich zu begründen suchten. Nachdem einige von diesen Anträgen abgelehnt waren, stellte Pöck den „Antrag“, der Landtag solle sich von jetzt ab für aufgelöst erklären. Selbstverständlich wurde er deshalb ausgelacht, worauf seine Parteifreunde neuen Lärm machten. Witten in dem Lärm schreit Abg. Müller-Frankfurt (Komm.) dem Präsidenten Bartels zu: „Hausrecht der Hohenzollern.“ Er wird dafür von der Sitzung ausgeschlossen. Als Abg. v. d. Osten (Dnl.) im Namen seiner Fraktion etwas erklären will, machen die Kommunisten einen derartigen Lärm, das der Redner nicht weiter sprechen kann.

Als nach Ablehnung weiterer Geschäftsordnungsanträge endlich in die sachliche Beratung der Vorlage eingetreten wurde und der Berichterstatter des Ausschusses, Abg. Jald (Dem.), zu sprechen begonnen hat, beginnen die Kommunisten einen neuen Lärm.

Abg. Jald (Dem.) führt aus: Die große Mehrheit des Ausschusses sei dafür, die Vorlage zu verabschieden, weil alle anderen Möglichkeiten, die Frage der Auseinandersetzung mit den ehemaligen Fürsten, die das ganze Volk so ungewohnt aufgewühlt habe, zu regeln, aussichtslos oder weniger günstig erschienen. Die Frage, ob dieser Entwurf abänderungs-fähig sei, wurde von der Staatsregierung verneint, da die dem Entwurf zu Grunde liegenden Verträge unterschrieben seien. Der Ausschuss glaube, sich diesem Standpunkt anschließen zu müssen. Es fragt sich nun, ob die Kosten aus diesen Verträgen für den Staat tragbar seien. Der Ausschuss war der Ansicht, daß die Abänderungen gegenüber dem früheren Vergleich für den Staat durchaus günstig sind. Die Angehörigen des ehemaligen Königshauses erhalten rund 250 000 Morgen Land, der Staat rund 200 000 Morgen. Der Berichterstatter gibt dann die entsprechende Erklärung der Staatsregierung im Hauptauschuss wieder, wonach das ehemalige Königshaus nach dem früheren Vergleich insgesamt Werte von 181 Millionen Mark erhalten sollten, während diese Gesamtsomme nach dem neuen Vergleich nur 93 Millionen Mark beträgt.

Während der Ausführungen des Berichterstatters lärmten die Kommunisten andauernd, so daß die Einzelheiten des Berichts meist unverständlich blieben; alle Versuche des Präsidenten, Ruhe herzustellen, haben immer nur vorübergehenden Erfolg.

Als der demokratische Abgeordnete Niedel sich zum Präsidenten begibt, um ihm etwas mitzuteilen, beschimpfen die Kommunisten Niedel, und der Abg. Kellermann (Komm.) wirft ihm ein Affenbündel auf den Kopf.

Darauf wird Kellermann von der weiteren Sitzung ausgeschlossen. Die auf der Zuhörertribüne untergebrachten Kommunisten

erheben sich und rufen im Lärm: „Dableiben!“

Ein Kommunist auf der Tribüne verliest vom Manuskript eine längere Rede. Präsident Bartels unterbricht die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Während der Pause herrscht minutenlang, ohrenbetäubender Lärm. Abg. Kasper (Komm.) begibt sich auf die Rednertribüne und wirft ein Wasserglas gegen die Abgeordneten der Rechten. Das Glas zerplatzt!

Der Abg. Kasper bemächtigt sich der Präsidenten-glocke und setzt sie in Bewegung. Sie wird ihm aber von einigen Dienern wieder abgenommen. Er greift dann nach einem Tintenfaß, das ihm aber ebenfalls entwendet wird. Vizepräsident Dr. Pöck redet vergeblich auf die kommunistischen Abgeordneten ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung fragt Präsident Bartels den kommunistischen Abg. Gohlke, ob er die Tribünenbesucher aufgefordert habe, sich den Anordnungen des Präsidenten zu widersetzen. Abg. Gohlke bestreitet das. Präsident Bartels: Dann ist die Angelegenheit erledigt; sonst hätte ich Sie von der Sitzung ausgeschlossen.

Als dann der Ausschussberichterstatter Abg. Jald (Dem.) das Wort zur Fortsetzung seines Berichtes erhalten soll, lärmten die Kommunisten von neuem und rufen: „Der Hohenzollernvertreter hat wieder das Wort! Wo ist die Öffentlichkeit? Wo sind die Tribünenbesucher?“

Präsident Bartels: Sie wissen, daß nach der Geschäftsordnung bei Unruhe im Hause die Tribünen geräumt werden können. (Anhaltender Lärm bei den Kommunisten.) Wenn die Unterredungen andauern, muß ich allerdings dem Herrn Berichterstatter unbedingt Ruhe verschaffen.

Der Berichterstatter hebt dann hervor, daß trotz der Zurverfügungstellung des Schlosses Homburg vor der Höhe

nach der staatsrechtlichen Seite hin die Rückkehr des ehemaligen Königs gemäß den Bestimmungen des Republikstiftungsgesetzes unmöglich sei. Da trotzdem in der Öffentlichkeit eine große Unruhe in dieser Angelegenheit zu verzeichnen war, sei durch den Vertreter des ehemaligen Königshauses erklärt worden, daß der ehemalige König von seinem Wohnrecht niemals Gebrauch machen werde. Eine Einzelperson wurde noch erwähnt und in der Vorlage berührt: Es handelt sich um die ehemalige Hofbeamten, deren Stellung in der Besoldungsordnung nachgeprüft werden soll; eventuell wird eine besondere Besoldungsgruppe für diese Beamten eingeführt. (Lärm bei den Kommunisten.)

Eine Reihe von weiteren Geschäftsordnungsanträgen der Kommunisten folgt. Sie bewegen sich sämtlich in der gleichen Rich-

tung und wiederholen zum großen Teil die bereits abgelehnten Forderungen.

Von den bürgerlichen Parteien sprach Abg. Ladendorff (Wp.) für den Vergleich, den er als Anerkennung des Eigentumsrecht begrüßt, wobei er aber gleichzeitig die schlechte Lage des Mittelstandes beklagt.

Abg. Freiherr von Wangenheim (Welfe) protestiert dagegen, daß alle in Hannover gelegenen Schlösser und Domänen dem preussischen Staat zufallen sollen. Der Vergleich sei eine rein preussische Angelegenheit, die Deutsch-Hannoveraner würden sich der Stimme enthalten.

Zum Zeitvertreib beantragten die Kommunisten dann nach-einander die Herbeiführung sämtlicher preussischen Minister. Selbstverständlich wurden auch diese wie die ihnen folgenden Misstrauensanträge gegen jeden einzelnen Minister abgelehnt.

Weitere Obstruktionsversuche.

Die Kommunisten beantragen, die Öffentlichkeit wiederherzustellen und die Verhandlung auszusetzen, bis die Tribünen wieder geöffnet sind. Präsident Bartels erklärt darauf: Die Öffentlichkeit ist durch die anwesenden Pressevertreter hergestellt. Warum die Tribünen geräumt werden müssen, ist auch dem Abg. Bartels-Kreisel bekannt. Es besteht deshalb kein Grund, die Räumungsanordnung auszuheben.

Der Abg. Menzel-Halle (Komm.) verfaßt einen Antrag zur Beschneidung zu bringen, der den Hungerstreik der politischen Gefangenen in Rottbus behandelt. Ihm wird das Wort entzogen.

Die Abstimmung über den ersten Teil des § 1 erfolgt namentlich. Während das Ergebnis der Abstimmung festgestellt wird,

schlägt der Kommunist Abel plötzlich mit geballter Faust nach dem sozialdemokratischen Abg. Osterroth. Die Abgg. Hellmann und Pöck verhindern weitere Unfälle. Präsident Bartels schließt darauf den Abg. Abel von der Sitzung aus. Unter anhaltendem Lärm und Zurufen verläßt Abel den Sitzungssaal.

Das Ergebnis der Abstimmung ist die Annahme des ersten Teils des § 1 der Vorlage mit 207 gegen 33 Stimmen.

In weiterer namentlicher Abstimmung wird unter Ablehnung kommunistischer Änderungsanträge der Rest des § 1 mit 214 gegen 37 Stimmen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Beim § 2, der Steuer- und Gebührenfreiheit für alle mit dem Vergleichsverträge zusammenhängenden öffentlichen Urkunden usw. auspricht, stellt Abg. Obach (Komm.) den Antrag auf gestrennte Abstimmung über Steuer- und Gebührenfreiheit der mit dem Vergleichsverträge zusammenhängenden Transaktionen.

Abg. Dr. Schmieding (Z.) bezweifelt die Zulässigkeit dieser Teilhandlung von Paragraphen. Das Haus schließt sich ihm gegen die Kommunisten an in der Erklärung, daß über die einzelnen Paragraphen nur insgesamt entschieden werden könne.

Der § 2 findet in der Ausschussfassung mit 210 gegen 41 Stimmen bei 13 Enthaltungen Annahme.

Vor der Abstimmung über den § 3 stellte Abg. Herold (Z.) den Antrag, zuerst über die Regierungsvorlage und dann über die Abänderungsvorschläge abzustimmen. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen die der Kommunisten und eines Teiles der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Darauf protestierten die Kommunisten durch einen ungeheuren Lärm, während dessen die kommunistischen Abgg. Wehrmann, Rathenow, Gohlke, Hegm, Mörike und Frau Ludwig ausgeschlossen werden. Schließlich steigern die noch übrig bleibenden Kommunisten ihren Lärm zu einem

gewalttätigen Ueberfall auf das Präsidium.

Mit Wassergläsern, Tintenfassern, Säubhächsen fielen sie über das Präsidium, das vom Vizepräsidenten Garnich, dem Volksparteiler Neuhofen und unserem alten Genossen Becour besetzt war, her und suchten den Präsidenten von seinem Platz zu vertreiben.

Der Präsident hob die Sitzung auf und berief den Ältestenrat ein. Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Vizepräsident Garnich mit, daß der Ältestenrat beschlossen hat, die drei Hauptbeteiligten des Ueberfalls, die kommunistischen Abgeordneten Jendrusch, Stiellerup und Epstein

für die höchstzulässige Dauer von 20 Tagen auszuschließen.

Da die drei Abgeordneten sich weigern, den Saal zu verlassen, wurde die Sitzung nochmals unterbrochen und die Polizei zu ihrer Entferrnung herbeigeholt. Als die Polizei erscheint, verlassen die drei freiwillig den Saal.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung wird auch der Abg. Koll-witz (Komm.) auf acht Tage ausgeschlossen; er verläßt sofort freiwillig den Saal. Abg. Pöck (Komm.) protestiert gegen den Antrag Herold, der eine bewußte Rechtslosmachung der Kommunisten bedeutet. Der „Prolet“ seiner Fraktion gegen das Präsidium sei berechtigt gewesen; soweit Beanie dadurch in Mitleidenschaft gezogen wurden, bedauere sie es. Als er sich in beleidigenden Äußerungen ergeht, wird ihm das Wort entzogen. Die Annahme eines Antrages auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte löste wiederum einen wüsten Lärm bei den Kommunisten aus, der zur Ausweisung der Abgg. Grube, Ebertlein und Frau Krüger-Halle führte. Auch diese drei verlassen den Saal, gefolgt von den übrigen Mitgliedern der kommunistischen Fraktion.

Der Vergleichsentwurf wurde nunmehr ohne Debatte bei Stimmenthaltung der Sozialdemokratie in zweiter Lesung angenommen. Daraufhin vertagte sich das Haus auf Mittwoch mittag 12 Uhr. Schluß 8,30 Uhr.

In der Sitzung des Ältestenrates hat Genosse Haas als Sprecher der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Ausdruck gebracht, daß die Präsidenten gegenüber den unglücklichen Küpfelzonen der Kommunisten bis an die Grenze der Langmut gegangen sind. Das trifft auch zu gegenüber der Tatsache, daß die Genossen Klotz und Osterroth von den Kommunisten geschlagen wurden. Der Geschäftsordnungsantrag Herold, der den Sturm der Kommunisten auf das Präsidium hervorgerufen hat, war im Rahmen der Geschäftsordnung berechtigt. Für die Zukunft müsse aber dafür gesorgt werden, daß in die Geschäftsordnung eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach Änderungsanträge nur vor der Erledigung der Einzelparagraphen zur Abstimmung gebracht werden dürfen.

Tagung des AFA-Bundes.

Sozialpolitische Erfolge. — Organisatorische Festigung.

Am Dienstag früh trat der Bundesauschuss des Allgemeinen freien Angestelltenbundes im Industriebeamtenhaus in Berlin zu seiner dritten Tagung in diesem Jahr zusammen. Einleitend berichtete der Bundesvorsitzende Aufhäuser über die seit der letzten Ausschusstagung geleistete sozialpolitische Arbeit.

Er hob hervor, daß es möglich war, bei der Verabschiedung des Knappschaftsgesetzes die geplanten Verschlechterungen der Gegenseite abzuwehren, im Kündigungsschutzgesetz für die älteren Angestellten einen beachtlichen Teilerfolg zu erzielen und auch die Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes zu beschleunigen. Der Reichstag müsse in den nächsten Wochen die notwendigen Verbesserungen der Erwerbslosenfürsorge, die Wahlreform zur Angestelltenversicherung, die Krankenversicherung der Seeleute und das Reichstheatergesetz erledigen. Die zuständigen Ausschüsse des AFA-Bundes haben in den Sommermonaten alle erforderlichen Vorarbeiten durchgeführt.

Organisatorisch hat sich der AFA-Bund im letzten Jahre bemerkenswert befestigt. Die Zusammenarbeit der Verbände ist die denkbar beste, und die außerordentliche Aktivität der AFA-Arbeitsausschüsse für Sozialpolitik, für die Behörden-Angestellten und für den Bergbau erfreut sich wachsender Anerkennung.

Die in der Berichtsperiode ausgebrochenen Organisationskonflikte im Verband deutscher Kapitäne und Steuerleute der Handelschiffahrt und Hochseefischerei und im Verband deutscher Schiffingenieure können nach den nunmehr erfolgten unbedeutenden Abplittierungen als abgeschlossen angesehen werden. Der Berichterstatter sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß bis zur nächsten Ausschusstagung wiederum ein weiterer Teil des sozialpolitischen AFA-Programms verwirklicht sein wird.

Alsdann erfolgte die Vorlegung des Rechnungsberichtes für das erste Halbjahr 1926. Der Bundesauschuss erteilte der Hauptgeschäftsstelle einstimmig Entlastung.

Das Lohnelend in Ostpreußen.

Will es das Reichsarbeitsministerium verewigen?

Dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Durch wiederholte Veröffentlichungen ist auf die ungünstige Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter Ostpreußens hingewiesen worden. Sie ist die niedrigste in der ganzen deutschen Landwirtschaft. Der vollqualifizierte Deputant erhält an Bar- und Deputatlohn insgesamt 30 Pf. und der gleichwertige Hofsänger 14 bis 16 Pf. pro Stunde. Deputanten ohne Hofsänger erhalten keine Arbeitsstelle. Dagegen ist es keine Seltenheit, sondern vielmehr sogar betriebsüblich, daß zwei Hofsänger oder noch mehr von jedem Deputanten gestellt werden müssen, ein Zustand, der dazu führt, daß der Durchschnittslohn jeder Person noch niedriger ist als eben angeführt.

Seit Jahren strebt der Deutsche Landarbeiterverband nach einer Erhöhung der unwürdigen Entlohnung. Leider hat er nur geringe Erfolge erzielen können, weil ein großer Teil der Landarbeiter infolge der Schikanen nicht wagt, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Dazu ist den Landwirten ein williger Helfer in dem Zentralverband der Landarbeiter entstanden.

Auf Antrag des Deutschen Landarbeiterverbandes trat am 23. September 1926 die Schlichterkammer für die Provinz Ostpreußen unter dem Vorsitz des Verwaltungsgerichtsdirektors A. K. Hübe-

ner zusammen, um zu einer Lohnerhöhung für die ostpreussischen Landarbeiter Stellung zu nehmen und brachte durch Schiedspruch eine Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde für die Freilarbeiter und etwa 8,5 Proz. für die Hofsänger in Vorschlag. Schon in der Verhandlung lehnten die Vertreter des Landwirtschaftsverbandes den Schiedspruch ab. Die Arbeitervertreter nahmen ihn an, trotzdem er den berechtigten Forderungen der Landarbeiter auch nicht annähernd Rechnung trägt.

Die kürzlich bekanntgegebenen Feststellungen des Professors Dr. Mann in der Frage der Abwanderung aus der Provinz Ostpreußen ergeben, daß in 1 1/2 Jahren bis zum 15. Juni 1926 160 000 Personen ihre Heimatprovinz Ostpreußen verlassen haben. Da die landwirtschaftliche Lohnarbeiterschaft Ostpreußens schon immer einen großen Prozentsatz der Abwandernden stellte, ist es selbstverständlich, daß sich unter den 160 000 Personen wiederum in der Mehrzahl Landarbeiter befinden.

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches würde zur Folge haben, innerhalb der Arbeiterschaft die Hoffnung wachsen zu lassen, daß der Staat, nachdem er durch seine Hilfsmassnahmen die Landwirtschaft in erheblichem Umfange gefördert hat, nunmehr gewillt ist, auch den Landarbeitern in ihrer Not zu helfen. Betrachtet das Reichsarbeitsministerium den Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches von diesen Gesichtspunkten, kann die Entscheidung nur zugunsten der Arbeiter fallen.

Um den Schiedspruch im Bankgewerbe.

Vergebliche Einigungsverhandlungen.

Am Dienstag fanden die vom Reichsarbeitsminister veranlaßten Verhandlungen über die von den Bankleitungen beantragte Verbindlichkeit des am 27. September gefällten Schiedspruchs statt. Diese Entscheidung war von allen beteiligten Angestelltenorganisationen abgelehnt worden. Die unter Vorsitz von Ministerialrat Newts abgehaltenen Beratungen verliefen teilweise sehr erregt und wurden schließlich ergebnislos abgebrochen. Die Entscheidung liegt nunmehr beim Minister.

Der Kaiser auf der Flucht.

Der „kaiserliche“ Betriebsräteauschuss hatte für gestern abend zu einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder des Baugewerksbundes und des sogenannten Industrieverbandes nach den Ruffertjalen eingeladen. Da der Baugewerksbund zum Besuch der Versammlung aufgefordert hatte, war der Saal dicht besetzt.

Es ist klar, daß zu einer gemeinsamen Versammlung zweier Organisationen eine gemeinsame Versammlungsleitung gehört. Das wurde von den Einberufern abgelehnt. Da stürmisch nach Erledigung des Antrages auf Bildung einer gemeinsamen Versammlung verlangt wurde, wußte sich der „Beitrag“ der Versammlung nicht anders zu helfen, als Herrn Kaiser schnell das Wort zur Geschäftsordnung zu geben. Kaiser wurde in größter Ruhe angehört. Und siehe da: derselbe Herr Kaiser, der so oft formales Recht einfach beiseite geschoben hat, der berief sich in einer Arbeiterversammlung auf dieses „formale Recht“, das dem Einberufer als Richter des Saales zukomme! Derselbe Kaiser, der so oft in Mitgliederberatungen des Baugewerksbundes die Wahl eines gemeinsamen Bureaus gefordert hat, der formales Recht Behörden und Vertragskontrahenten des Baugewerksbundes gegenüber jeden Tag zu brechen auffordert.

Die Versammlung ließ sich aber diese demagogische Schaumflügelerei nicht gefallen. Das Thema der Versammlung war: „Warum hat der Baugewerksbund das Lohnabkommen gekündigt?“ Wer sollte darüber besser Auskunft geben können, als die Leitung des Baugewerksbundes selbst. Aber die Bediensteten in der Versammlungsleitung folgten dem Wink ihres Hauptlings und ließen den Genossen Drügemüller nicht zu Worte kommen. Dieses feige Ausweichen der Leitung löste bei den Anwesenden helle Empörung aus. Die Versammlungsleitung

wußte in ihrer Hilflosigkeit keinen anderen Rat, als feige die Flucht zu ergreifen und die Versammlung zu schließen.

Leider war es nicht möglich, unter Leitung des Baugewerksbundes eine neue Versammlung festzusetzen, da der Wirt durch den Hausfriedensbruchparagrafen verweigerte! Dadurch wurden die feierlichen Demagogen vor einer gründlichen Abrechnung geschützt. Der Verlauf der Versammlung bewies, daß die Kaiserlichen wohl aus dem Hinterhalt verleunden können, sich aber vor einer offenen Aussprache feige drücken.

Gewerkschaftseinheit in der Tschechoslowakei.

Zwischen den deutschen und tschechischen Gewerkschafter.

Prag, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der deutsche und der tschechische Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei sind nach langen Verhandlungen übereingekommen, eine gemeinsame Landeszentrale zu errichten, die mit ihrer Tätigkeit am 1. Januar 1927 einsehen wird. Die Errichtung dieses internationalen gewerkschaftlichen Ueberbundes bedeutet einen großen Schritt in der Annäherung der Arbeiterschaft beider Nationen. Dieser Beschluß ist ein großer Erfolg der Amsterdamer Internationale. Nachdem die deutschen und die tschechischen Agrarier das Beispiel gegeben und die Interessengemeinschaft über die nationalen Gegensätze gestellt hatten, war die Herstellung der gemeinsamen Arbeiterfront nur noch eine Frage der Zeit.

Widerstand der englischen Kumpels.

London, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Erwartungen der bürgerlichen Presse auf eine starke Rückkehr der Bergarbeiter zur Arbeit in der neuen Woche haben sich nicht erfüllt. Einer Rückkehr zur Arbeit von rund 2000 am Dienstag stand die neuerliche Arbeitseinstellung von 7000 Bergarbeitern im Bezirk Derbyshire gegenüber.

Die Zugeständnisse der österreichischen Regierung.

Wien, 12. Oktober. (W.B.) Die Regierung erklärte sich den Beamtenverbänden gegenüber bereit, ab 1. Januar 1927 die im Jahre 1926 gewährte Kostlandsunterstützung von einem Monatsgehalt um ein Viertel zu vermindern und die Unterstützung dauernd zu zahlen. Die Beamtenorganisationen werden heute nachmittags zu dem Regierungsvorschlage Stellung nehmen.

Einigung in der polnischen Textilindustrie.

Warschau, 12. Oktober. (W.B.) Da die Mehrzahl der Lodzer Textilarbeiterverbände der ihnen von den Unternehmern angebotenen fünfprozentigen Lohnerrhöhung zugestimmt hat, kann die Gefahr eines Ausbruchs eines langjährpolnischen Textilarbeiterstreiks als beigelegt angesehen werden.

Wichtig. Deutsche Industriewerte und Wbl. Reichstagen! Am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im Kasino, Hofstr. 10, Berliner Chauffee, Versammlung aller SPD.-Genossen. Volkshilfes Erheben erwartet. Der Fraktionsvorstand.

Preis-Gewerkschaftenabend. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Reichsamt L. Jugendheim Bergstr. 29, Hofstr. Vortrag: „Der Schöpfungsgott nach der Bibel und dem modernen wissenschaftlichen Standpunkt.“ — Schöneberg: Jugendheim Rubensstraße (Sportplatz). „August Bebel — Sein Wirken.“ — Schwetzingen: Jugendheim Schwetzingen 44. Vortrag: „Gewerkschaftliche Kämpfe.“ — Wilmersdorf: Jugendheim Gartenplatz 4. Diskussion: „Freie Gewerkschaftsjugend.“ — Köpenick: Jugendheim Eberswalder Str. 10. Vortrag: „Jugend und sexuelle Frage.“ — Charlottenburg: Jugendheim Berliner Str. 137 (Dtsch. Kranken-Verein). Vortrag: „Das Sexualproblem und die Jugend.“

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geert; Wirtschaft: Felix Götter; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Kultur: A. J. Böhler; Politik und Sonstiges: Felix Kahlert; Anzeigen: H. Gieseler; Buchdruck: Berlin: Bornhöft-Berlin G. m. b. H., Berlin-Deutsch: Bornhöft-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin-Deutsch: Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Gute Ware!

Billige Preise!

TEXTILMESSE

- ## Morgenröcke
- Morgenröcke aus gutem Flanellstoff, rechte Form 3 90
 - Morgenröcke aus best. Velours-Barbent, in schöner Ausstattung .. 5 90
 - Morgenröcke aus gutem Flanellstoff, mit eleganten Stickerei 8 75
 - Morgenröcke aus gut. Wollflanell, moderne Verarbeitung 15 50

Strümpfe

- Damen-Strümpfe prima Qualität PAAR 95
- Herren-Socken Seidenfaser mit kleinen Fehlern oder Jacquard .. Pfenning
- Damen-Strümpfe prima Seidenfaser PAAR 1 45
- Herren-Socken prima Seidenfaser oder Filzsocken, gemastert 1 45
- Damen-Strümpfe pa. Filzsocken mit farbiger Band u. Fingerringel od. pa. Wolle plattiert, schwarz PAAR 1 95
- Herren-Socken prima Kaschmirwolle 1 95
- Damen-Strümpfe künstliche Bemberg-Seide 2 95

LEITZ

Mengenabgabe vorbehalten

Eintritt nur für Damen! Bis Sonnabend, den 16. Oktober einschließl., vorm. 11 Uhr u. nachm. 3 1/2 Uhr, veranstalten wir Leipziger Str., I. Stock, und Alexanderplatz, II. Stock

VORFÜHRUNGEN:

„Die Kleidung der Dame“

Damen-Wäsche

- Wir zeigen: Wäsche, Korsette, Morgenröcke, Kleider, Pelze und Maskenkostüme
Karten, soweit Vorrat, für die Vorführungen werden an den Kassen der Damen-Konfektions-Abteilungen kostenlos verabfolgt
- Trägerhemden aus gutem Wäschebatt, in verschied. Ausf., 2,95
 - Nachthemden aus gutem Wäschebatt, mit breiter Stickerei u. Valenciennes-Spitze reich ausgestattet 5 90
 - Hemdhosensätze aus gutem Wäschebatt, mit breiter Stickerei u. Valenciennes-Spitze, in guter Verarb., 5,50
 - Prinzessröcke aus gutem Wäschebatt, in verschied. Ausf., 4,90
 - Hemdhosensätze aus farbigem Opal, mit breiter Spitze reich garn., 3,75
 - Hemdhosensätze festes Form, aus gestreifter Kanaride, mit breiter Spitze in viele n. Farben 4 90
 - Velourshüte für Damen, großes Formen- und Farbensortiment, mit Kippannä garniert, mit kleinem Fehlern 7 50
 - Filzhüte für Damen, silbergrau, beige u. viele andere Modellfarben, Rippenornamenten. Große Formenauswahl 3 75
 - Samthüte für Damen, modern gestockt, viele Farben, in allen Kopfformen 5 75
 - Velourshüte die Modequalität „Velourssole“, in vielen Farben und neuen modernen Stickereien 18 75

- ## Korsette
- Hüfthalter aus gutem Dreif., mit 2 Haltern .. 1 75, Halter 2 50
 - Hüfthalter ohne Schnür., mit Gemmeinsatz, 2 Halt., guter Dreif. 3 90, Jacquard .. 5 50
 - Strumpfhalter 95, Jacquard-Pf. muster .. 1 25
 - Büstenhalter aus kunstvollsterem Tricot, mit Spitze garniert 95 Pf.

Trikotagen

- Damen-Schlüpfer 95 Pf. Baumwolle, fein gewebt, farbig .. 95 Pf.
- Damen-Schlüpfer echt Mako, feingewebt, farbig 1 95
- Damen-Hemdhosensätze echt Mako, weiss u. farb., m. schmalem Tragband 2 95
- Herren-Hosen gute wollgem. Qualität, alle Größen 2 45
- Herren-Hemden gute wollgem. Qualität, in 6. Größen 1-7, 3,50, 2 90
- Herren-Garnituren Jacke und Reinkleid, Baumwolle, farbig .. 3 95

HERMANN TETZ

Anfragenabend im Stadtparlament.

Verkauf des Kaiserhofs, Politik in Anstalten, Deutschnationale im Jugendheim.

Die Stadtoverordnetenversammlung konnte gestern von ihrer reichlichen Tagesordnung hauptsächlich eine Reihe älterer und neuerer Anfragen ausarbeiten. Den Verkauf des Kaiserhofs betraf eine Anfrage der Demokraten, und zu demselben Gegenstand hatte die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht. Genosse Drews zeigte das Sinnlose dieses Verkaufsplanes und forderte Hilfe für die von Erwerbslosigkeit bedrohten Angestellten. Der Antrag wurde von der Linken samt Mittelparteien angenommen, während die Rechte die Unterstützung versagte. Zwei von der sozialdemokratischen Fraktion an den Magistrat gerichtete Anfragen, die vom Genossen Wendt und von der Genossin Frankenthal begründet wurden, rügten einige im Obdach Fröbelstraße und im Hospital Buch vorgekommene Mißgriffe, die auf dem Gebiet der Politik lagen. Nach den Erklärungen des Magistrats wären die für diese Dinge verantwortlichen Personen harmlos wie die unschuldigen Kindlein. Verhaftet wurde es bei einer Anfrage der Deutschnationalen, die sich beklagten, daß in einem Jugendheim die Linke zuviel Bewegungsfreiheit habe. Stadträtin Genossin Weyl und Stadtverordneter Genosse Horstsch kennzeichneten die Rechte dieser Beschwerden der Rechten, die in dem Heim sich so breit machen darf, daß sie mehr als zufrieden sein könnte.

In der gestern abgehaltenen außerordentlichen Sitzung der Stadtoverordneten kam der

Ankauf des Hotels Kaiserhof

durch die Reichsregierung durch eine Anfrage der Demokraten und einem im „Vorwärts“ bereits mitgeteilten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Sprache. Die demokratische Anfrage wendet sich ebenso gegen den Verkauf, wie der Antrag unserer Genossen. Nach dem Stadtr. Merzen (Dem.) begründete Stadtr. Genosse Drews unseren Antrag. Der Redner stellte fest, daß die mangelhafte Rücksichtnahme der Reichsregierung auf die Stadt Berlin in diesem Falle wieder einmal mit aller Deutlichkeit in die Erscheinung trete. Berlin bemühe sich seit Jahren, den Fremdenverkehr zu heben und jetzt komme die Reichsregierung her und nehme das Hotel Kaiserhof, das internationalen Ruf genieße, einfach für sich in Anspruch. Der Kauf für den Betrag von 8 1/2 Millionen sei zu teuer, besonders wenn man berücksichtige, daß doch schließlich auch noch der notwendig werdende Umbau eine nette Summe verschlingen werde. Für das Geld erhält das Reich ein schönes neues Bureauhaus, es kann bei diesem Neubau Erwerbslose beschäftigen und nicht durch die Entlassung der 350 Kaiserhof-Angestellten neue Erwerbslose schaffen. Sollte allen Erwartungen zum Trotz der Kauf dennoch zustande kommen, so müßten

die entlassenen Angestellten angemessen entschädigt

werden. (Bravo! links.) Bürgermeister Scholz: Der Magistrat ist den Antragstellern dankbar, daß durch ihre Stellungnahme die Angelegenheit zur Sprache kommen kann. Für den Magistrat sind die Maßnahmen der Reichsregierung unverständlich. Das Interesse der Stadt Berlin an der Erhaltung des Hotels Kaiserhof hat sich vor Jahren schon dadurch gezeigt, daß Berlin dem Hotel eine billige Hypothek gab. Der Kaiserhof ist der Typ eines internationalen Hotels; im Interesse des Fremdenverkehrs, der für die Reichsregierung auch nicht gleichgültig sein kann, müßte dieses Hotel erhalten bleiben. Der Magistrat hat sich bereits mit mehreren Eingaben an die maßgebenden Behörden gewandt und er wird auch weiter alles aufwenden, um einen Verkauf zu verhindern. — Außer dem Stadtr. Steinalger (Dnat.) sprachen sich alle folgenden Redner gegen den Verkauf aus. Die Anfrage wie auch der sozialdemokratische Antrag wurden daraufhin mit großer Mehrheit angenommen. — Stadtr. Genosse Wendt wandte sich als Begründer einer sozialdemokratischen Anfrage gegen die

Verteilung von rechtsgerichteten Flugblättern.

die anlässlich des Volksentscheids gegen die Fürstenabschaffung an die Insassen des Städtischen Obdachs (!) stattgefunden hat. Eine solche politische Tätigkeit in städtischen Anstalten sei bisher allen Parteien verboten gewesen. Unser Redner verlangte Auskunft vom Magistrat über die Angelegenheit. Bürgermeister Scholz gab die Erklärung ab, daß der Direktor des Obdachs, angeblich ohne den Inhalt der Flugblätter zu kennen (!), im guten Glauben die Verteilung der Flugblätter an solche Insassen zugelassen habe, die ausdrücklich eines verlangten. Im übrigen werde dem Direktor eröffnet werden, daß jede politische Beeinflussung in städtischen Anstalten zu unterbleiben habe. In der Besprechung der Anfrage wandte sich die Kommunistin Rosenkhal mit Energie gegen die Stellung des Verwaltungsdirektors und betonte im übrigen, daß die Kommunisten jeden Versuch, eine politische Entrechtung der Opfer der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung durchzuführen, zu begegnen wissen werden. — Aus der Zeit des Volksentscheids stammt auch noch eine andere Anfrage unserer Fraktion. Es wird festgestellt, daß im Hospital Buch zahlreiche Personen durch direkte oder indirekte Maßnahmen der Verwaltung die Ausübung des Wahlrechts unmöglich gemacht wurde, und der Magistrat gefragt, was er zur Sicherung des Wahlrechts für die Insassen zu tun gedenke. Genossin Dr. Frankenthal begründete die Anfrage. Stadtmedizinalrat Prof. v. Triggall betonte als Magistratsvertreter, daß böswillig keine Verstöße gegen das Wahlrecht vorgekommen seien.

Nachdebatte über Erledigung einer ganzen Anzahl kleiner Anfragen und Anträge bestätigte in Beantwortung einer diesbezüglichen Anfrage der Kommunisten Stadträtin Genossin Ahrens, daß die in der Riechholzstraße gelegenen Kleingärtner entschädigt und neuangeordnet werden sollen. Zu einer längeren Auseinandersetzung über Jugendfragen kam es bei der Besprechung einer Anfrage der Deutschnationalen wegen angeblicher politischer Propaganda in den Tagesheimen der erwerbslosen Jugend. Die Begründerin der Anfrage, Frau Schwaab (Dnat.), sprach viel von kommunistischer Propaganda in den Tagesheimen und verlangte eine verstärkte Heranziehung ihrer Gesinnungsgenossen als Heimleiter. Ebenso sollten die Bibliotheken von der kommunistischen und sozialistischen Literatur befreit werden. Stadträtin Genossin Weyl legte die Verhältnisse in den bezeichneten Heimen des Bezirks Mitte dar und stellte dabei fest, daß deutschnationale Heimleiter in mindestens so starkem Maße herangezogen seien wie linksstehende. Die Beschwerden der Rednerin konnte Genossin Weyl an Hand der Berichte der Heimleiter sachlich widerlegen, so daß von den Beschwerden nichts übrig blieb. Der Kommunist Schulz und unser Genosse Horstsch traten der deutschnationalen Beschwerdeführerin mit sachlich-objektiven Argumenten so wirkungsvoll entgegen, daß die Haltlosigkeit des Vorgebrachten klar zutage trat. Der deutschnationale gelbe „Arbeiterzeitung“ Bortfeld sorgte dann in einer längeren „Rebe“ für den heftigeren Teil in den Verhandlungen. Der Mann hatte offenbar den Ehrgeiz, sich der Väterlichkeit auszuweisen. Soviel ist im Stadtoverordnetenversammlungsaal bald nicht gelacht worden, wie bei dem Konglomerat von Nichtigkeiten und Uebertreibungen dieses auch-Arbeitervertreeters. Seine eigenen Parteigenossen entzogen sich der Blamage durch die Flucht in den Vorfall.

Dreifacher Raubmord in Oranienburg.

In Oranienburg, Königsallee 62, ist gestern die Familie Dobrindt, Vater, Mutter und Tochter, durch einen Einbrecher ermordet worden. Ein schmächtiger Mann drang in die Wohnung ein und ermordete den blinden Vater und die Mutter. Durch die heimkehrende Tochter übertrast, streckte er auch diese durch einen Herzschlag nieder. Der Mörder entfloh, wurde von einem Hausgenossen noch festgehalten, konnte sich aber losreißen und dann entkommen. Er flüchtete in der Richtung nach den Lehnitzsee. In Tetzow bei Nassenheide wurde ein 22jähriger Verwandter der Ermordeten unter dem Verdacht der Täterschaft verhaftet und noch in der Nacht mittels Auto nach Oranienburg gebracht und dort vernommen.

Der Gattenmordprozess Boehme.

Meineidsprozess gegen eine Zeugin?

Dresden, 12. Oktober. Zu Beginn der heutigen Verhandlung gab der Verteidiger Justizrat Dr. Knoll seine Erklärung für den Angeklagten ab. Es seien Gerüchte über Dr. Boehme in Umlauf, daß in der geheimen Sitzung am Montag seine Beteiligung an kommunistischen Umtrieben festgestellt sei. Das entspricht nicht den Tatsachen. Auch der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Kurth erklärte hierzu ebenfalls, daß man in der nichtöffentlichen Verhandlung sich mit Behauptungen über Dr. Boehme beschäftigt habe, die seine Dienstzeit im Felde betreffen und die, wenn sie richtig gewesen, ein eigenartiges Licht auf Dr. Boehme geworfen hätten. Dann wurde nochmals der Förster Winter vernommen, der auf Befragen des Staatsanwalts erklärte, er habe seine früher günstige Meinung über Dr. Boehme auf Grund eines Vorfalles im Felde korrigiert, über die Winter in der öffentlichen Sitzung jedoch nichts sagen wollte. Kunstmalers Andert-Dresden schildert dann ausführlich die Familienverhältnisse Dr. Boehmes und kam zu dem Schluss, daß Dr. Boehme an der Zerrüttung der zweiten Ehe schuld gewesen sei. Frau Baudirektor Dachsels-Dresden, deren Hausarzt Dr. Boehme war, schilderte die Vorgeschichte der dritten Ehe und bezeichnete die Tote als eine sehr unsympathische Frau; sie stellt Dr. Boehme ein sehr gutes Zeugnis aus. Frau Dachsels hat seinerzeit mit Dr. Boehme eine Familie Störfand in Leipzig besucht. Die 53jährige Dame erklärt, daß sie nach ihrer Erinnerung die Familie St. in Leipzig vorher nicht gekannt habe. Staatsanwalt Tenzler erhob sich dazu zum allgemeinen Erstaunen und verlangte die Protokollierung der Aussage, da die Staatsanwaltschaft wahrscheinlich ein Verfahren wegen fahrlässigen Meineids gegen sie einleiten werde. Diese Mitteilung rief im Saal einige Erregung hervor, da die Zeugin sich doch schließlich bemüht hatte, ihr Erinnerungsbild an diese in der Tat für die Verhandlung völlig gleichgültigen und belanglosen Nebenfälle nachzurufen.

Nachdem noch eine große Anzahl von Zeugen vernommen worden waren, die zum Teil günstig für den Angeklagten ausgingen, protestierte Staatsanwalt Hartmann nochmals gegen die Zulassung, die sogar während der Verhandlung an ihn herantraten und seine Arbeit störten. In einer energischen Ansprache betonte auch Landgerichtsdirektor Dr. Kurth, daß das Gericht selbst wisse, worauf es ankomme. Derartige Zuschriften seien völlig nutzlos und überflüssig. Bei der Vernehmung der Landwirtsfrau Fischer kam es zu einem scharfen Zusammenstoß. Die Zeugin schilderte, daß Frau Boehme ihr erzählt habe, ihr Mann habe sie von dem Rabenfelsen stürzen wollen. Justizrat Dr. Knoll: In der Voruntersuchung haben Sie nur gesagt, Sie hätten vermutet, daß sich der Vorfall am Rabenfelsen abgespielt habe. Jetzt behaupten Sie, die Tote habe Ihnen gesagt, die Sache habe sich am Rabenfelsen abgespielt. Das ist sehr unrichtig, denn Sie sind mit Herrn Dr. Boehme stark verfeindet. Das Gericht vernahm dann noch eine Anzahl Leumundzeugen, darunter auch den Bruder des Angeklagten, den Kaufmann Boehme. Dieser erklärte, daß allzu große Verdienstmöglichkeit in der Familie nicht zu finden sei. Den Angeklagten habe er stets mehr geliebt wegen seines ausgeglicheneren ruhigen Lebens und seiner Gutmütigkeit. Seine verstorbenen Schwägerin habe ihm wiederholt gesagt, sie schätze ihren Mann deswegen so hoch, weil er vor der Ehe nicht nach dem Vermögen gefragt habe. Wenn der verstorbenen Justizrat Hermann Boehme dem Angeklagten einen Rord zugebracht habe, so liegt das an dem Haß, den sein verstorbenen Bruder gegen den Angeklagten hatte. Auch andere Zeugen stellten dem Angeklagten als Arzt und Mensch ein sehr gutes Zeugnis aus.

Damit war die Zeugenvernehmung beendet. Der Vorsitzende verlas darauf noch eine Anzahl Briefe des Angeklagten an seine Frau aus dem Felde, aus denen starke Zärtlichkeit des Angeklagten für seine Frau hervorging. Am heutigen Mittwoch vormittag 10 Uhr begannen die Plädoyers. Das Urteil gegen Sanitätsrat Dr. Boehme wird voraussichtlich nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr verkündet werden.

Selbstmord wegen Arbeitslosigkeit.

Ein Polizeihundsführer, der sich in der vergangenen Nacht auf einer Streife befand, lag im Tiergarten, in der Nähe der Rousseau-Anfel, gegen 12 1/2 Uhr, auf einer Bank einen Mann sitzen, der sich nicht rührte. Als er dicht an ihn heranging, erkannte er, daß er tot war. Der Mann hatte sich eine Kugel in den Kopf geschossen. Die Waffe lag neben ihm. Der Tote hatte keinerlei Ausweispapiere bei sich. In seinem Notizbuch stand nur ein Abschieds-

Der Weg des blinden Bruno.

22] Roman von Oskar Baum.

Bruno konnte doch nicht gestehen, daß er darüber eigentlich noch nie nachgedacht hatte! Um ihren Erwartungen nicht zu gering zu begegnen, sprach er davon, wie gern er an die Universtität ginge, Musikritiker, Dozent oder sonst etwas Großes werden würde. . . .

„Ach was, sich ernähren ist die Hauptsache!“ schnitt die Geit die traumhaften Gespinste bald ab. „Das ökonomische Gleichgewicht ist kein unbedeutendes Ziel. Das seelische ist ihm öfters unterstellt als umgekehrt.“ Und sie rüdte ihm mit festen Gesichtspunkten und Berechnungen unnachlässig auf den Leib, ließ nur Organistenstellen und Musikreflektionen als sichere Aussicht gelten, verkleinerte auch hier nicht die Schwierigkeiten und ernsten Zweifel, so daß er selbst zuletzt auch Klavierstimmen in Betracht zog und eine Klavierhandlung als Endziel fast verlockend fand.

Alwins Kompositionsversuche, von deren begeisterter Schilderung er sich einen besonderen Eindruck versprach, beachtete man wenig. Immerhin meldeten sich einige, die sie in die Rotenschrift der Lebenden übertrugen und für Orchester instrumentieren wollten.

„Wenn es etwas wert ist,“ sagte die Geit wohlthuend erbarungslos, „wenn es etwas wert ist, wird sich ganz gewiß eine öffentliche Aufführung bewerkstelligen lassen.“

Frühe von Kröh schien es wichtig, entsprechende Persönlichkeiten für die jungen Leute zu interessieren. Und rauschende große Welt öffnete sich: Berühmte Namen der Kunstwelt wurden als Lehrer für sie in Aussicht genommen, hohe Summen als mittelmäßige Leistungen der Gönner in Berechnung gezogen. Größen des Hochadels, der Finanzwelt als gute Bekannte nach ihrer Wichtigkeit und Verlässlichkeit eingeordnet, und schon einige der nächsten Tage für geeignete Aktionen festgelegt.

Alwin selbst übernahm keinen der von ihr vorgeschlagenen Wege oder Arbeiten. Sie hatte zu nichts Zeit. Aber sie dachte als einzige daran, daß er von der Anstalt keinen Brief herüber befördern könne, ohne jemand einzuweisen. Sie diktierte ihm deshalb ihre Adresse.

Nun handelte es sich darum, wie Bruno in die Anstalt zurück sollte. Die Kritik schlug vor, er möchte ihnen allen das Kletterklettern des Gartentors vormachen. Einige prote-

stierten angstvoll. Wilma Zehlem schämte sich, berührte Brunos Arm mit entschuldigenden leisen Worten, die im Gärn nicht zu verstehen waren. Die Kritik wollte nun eine Leiter herbeischaffen und tam noch auf verschleierte lustig-romantische Ideen.

Bruno behauptete geheimnisvoll, ihm sei eines der Dienstmädchen gut; er brauche nur ans Fenster zu klopfen.

„Das ist nicht wahr!“ sagte Wilma Zehlem. Aber auf seine inständige, wiederholte, schließlich ein wenig unwillige Bitte entließ man ihn mit vielen Segenswünschen, nicht ohne daß man ihn in fröhlicher Feierslichkeit gemeinsam bis vors Tor hinausbegleitet hatte.

Bruno ging um die Gartenmauer der Anstalt herum, damit sie ihn nicht beobachten könnten.

Aber an der glatten senkrechten Mauer konnte er nicht hinauf. Er mußte zu der Stelle, wo hinter der Regalbahn ein Kuchbaum seinen dicken Ast über die Mauer streckte. Er schätzte die Höhe der Mauer auf nicht viel über zwei Meter, nahm einen Anlauf, sprang mit hochgereckten Armen, aber erhaschte nur ein paar Blätter, stürzte hinab. Zum Glück war der durchregnete Boden weich. Er sprang ein zweites, ein drittes Mal. Seiner übermütigen Weinstimmung machte das gerade Spaß; alle Anstrengung war ihm zu gering!

Endlich fing er den Stammast, fast wagerechten Ast, zog die Füße empor und schwang sich über den Mauerrand auf das Dach der Regalbahn. Hier stand er eine Weile, hoch, frei, in wehender Luft; es kühlte so schön! Der Regen hatte längst aufgehört.

An den Stangen, die das Dach hielten, hinabklettern und behaglich durch den Garten schlendern, war nun ein Vergnügen. An der einen Seite des Hauses fand er fast alle Fenster im Erdgeschoß, die auf den Gang führten, weit geöffnet. Das hatte wohl Alwin getan, der ihn abends vernahm.

Langsam, fast unhörbar, schlich er dann die Treppe hinauf. — Aber was war denn das? — Von oben kam ein sonderbarer Lärm, wildes Durcheinander aufgeregter Stimmen! Er zog seine Uhr. Träume er? War er betrunken? Er wußte nicht, was unter diesem Zustand gemeint war. Er hatte ja viel und sehr verschiedenes durcheinander getrunken, — aber es gab doch wohl keine akustischen Täuschungen, wie man von optischen sprach? Fata Morgana des Gehörs? Er stieg höher; der Lärm verstärkte sich. Jetzt unterschied er deutlich zwei Stimmen: Der Direktor und eine leise Mädchenstimme: Franz!

Bruno brauchte nicht nachzudenken, nicht zu überlegen. Plötzlich wußte er alles, verstand genau, was er nie zu erraten gewagt hätte. Franzis Krankheit — ach, wie grauenhaft! Es war ihm wohl zu ungeheuerlich, zu fremd vorgekommen; darum hatte er es nicht geglaubt. Jetzt, wo er aus dieser freien, hellen Welt kam, in der vielleicht noch ganz andere Dinge kein Verbrehen waren, schien es ihm möglich. — Deswegen also hatte sie ihn heute abend zu sich bestellt! Ihm, ihm schrieb man es zu oder Alwin vielleicht? Und Alwin war es vielleicht auch, und oben wurde nun Bericht gehalten. Aber Alwin? Nein, das war unmöglich!

Als Bruno das erste Stockwerk erreicht hatte, verlang der Lärm. Nur noch ganz fern, wie hinter mehreren verschlossenen Türen, gab es etwas. Da schlug eine Tür zu. In dröhnender Eile kam der Direktor die Treppe herab, allein wohl, räusperte sich mehrmals drohend.

Bruno sprang zur Seite in einen Korridor. Hoffentlich kam der Mann nicht gerade hierher, — nein, er ging natürlich in seine Wohnung. Was hatte er oben getan?

Seine Schritte verhalten. Bruno ließ es keine Ruhe; er schlich hinauf, blieb auf dem obersten Treppenabsturz stehen: Irgendwo schleppten sich langsam Schritte hin und her. Er lauschte von Tür zu Tür. Magazin, Seilere, Krankenzimmer, am Ende im Beisaal? Er öffnete — nichts. Der Saal für Handfertigkeitunterricht war verschlossen. Richtig: Von drin klang es auch. Ganz gleichmäßige Schritte und dazwischen, wie ihm schien, leises Weinen. Er bückte sich, das Ohr ans Schlüsselloch zu legen, stieß sich in die Nase: Der Schlüssel steckte. Ausgezeichnet! Er schloß unbedenklich auf.

Der Mensch drin blieb bei dem Geräusch stehen, abwartend, auch nachdem Bruno eingetreten war; also wohl kein Schender.

„Wer da?“ fragte Bruno.

„Görn!“ Ein Aufschrei voll Freude und Verwunderung, aber von Angst gedämpft. Franzis lief auf ihn zu. Er sperrte hinter sich ab, setzte sich auf einen der hohen Modellierstühle in der Nähe.

Sie war nicht bis zu ihm gekommen, nach ein paar Schritten der ersten Ueberraschung zog sie sich wieder zurück. Man strafte hier im Hause nie ernstlich, darum gab es keinen eigenen Raum dafür. So hatte man dies verheute Schaf, es abzusetzen, hier herein getan. Morgen sollte sie heimgeschafft werden, erzählte sie.

„Und wo sollst du da schlafen? Auf einer Hobelbank?“ fuhr Bruno empört auf.

(Fortsetzung folgt.)

Zinsenquete und Zinswucher.

Arbeiten des Enqueteausschusses.

Der fünfte Unterausschuss der Wirtschaftsenquete-Kommission beschäftigte sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Genossen Hilferding mit den bekannten Zinsentwertungsaktionen der Reichsbank. Die Erhebungen der Reichsbank im Frühjahr dieses Jahres wurden in der Art durchgeführt, daß die Reichsbank Fragebogen an ihre Nebenstellen versandte. Auf Grund des gewonnenen Materials hat dann die Reichsbank auf die Organisationen im Bankgewerbe zwecks Milderung der Zins- und der Provisionsföhe hingewirkt. Von den der Reichsbank zur Verfügung stehenden Nachmitteln (Kreditperre) hat diese keinen Gebrauch gemacht.

Ueber die Auswirkungen der Aktion hatte die Reichsbank seinerzeit in einem so ziemlich nichtsagenden Kommuniqué unterrichtet. Erst am Dienstag erhielt man durch den Vortrag eines Vertreters der Reichsbank nähere Einsicht in die ganze Aktion, besonders in das Ergebnis der Erhebungen über die Höhe der Zins- und der Provisionsföhe. Die von dem Reichsbankvertreter mitgeteilten Zahlen haben allerdings für die Arbeiten des Ausschusses nur historischen Wert. Viel wichtiger als die bloße Zinshöhe selbst ist die Tatsache,

welche Provisionen die Banken in Anrechnung bringen.

Wenn man mit dem Zinswucher aufräumen will, scheint hier auch der Anfang gemacht werden zu müssen.

Daß es sich hier um ein undurchsichtiges Gebiet handelt, das für den Ausschuss eine ziemlich harte Nuß ist, versteht sich von selber. Wo die Banken übermäßige Sätze für Leihgeld in Anwendung bringen können, handelt es sich immer um solche Kreditnehmer, die stark von der Gnade des allgewaltigen Bankdirektors abhängen. Die Bank ist also in der Lage, den Satz für Leihgeld diktiert zu können, ohne daß es dem Betroffenen möglich ist, an die öffentliche Meinung zu appellieren. Daraus erklärt sich schließlich, daß die Kreditnehmer Provisionsföhe schlucken müssen, die vor dem Kriege nicht gebräuchlich waren und auch heute durchaus ungerechtfertigt sind. So haben z. B. die schon erwähnten Erhebungen der Reichsbank (Frühjahr 1926) ergeben, daß die Sparkassen und Genossenschaften höhere Zinsätze in Anwendung bringen als die privaten Bankgeschäfte. Für die privaten Bankgeschäfte wird ein Mindestsatz von 11 Proz. angegeben; allerdings versteht sich dieser Satz, in dem 24 Proz. reguläre Provision eingeschlossen sind, ohne Nebenprovisionen. Für die Genossenschaften gelten als Rektosatz 13 Proz. und für die Sparkassen 12 Proz. Nun könnte man den höheren Satz bei den Sparkassen und Genossenschaften, der in einem gewissen Widerspruch zu dem immerhin gemeinnützigen Charakter dieser Anstalten steht, dadurch erklären, daß der an und für sich unrentablere Kleintreditverkehr durch diese Anstalten, insbesondere durch die Genossenschaften, gepflegt wird, und daß sie als Geldnehmer mit Personen zu rechnen haben, die für das Kreditgeschäft der privaten Banken als nicht sicher genug in Frage kommen. Aber unbeschadet dieser Ueberlegung ist der

niedrige Satz bei den Privatbanken nur ein scheinbarer,

denn zu dem Satz von 11 Proz. kommen eben die Nebenprovisionen. Diese Nebenprovisionen sind es aber, die die Kosten für Leihgeld bei den privaten Banken insgesamt in die Höhe treiben und worauf der Zinswucher der Banken beruht. Dabin zählt vor allem die sogenannte Bereitstellung- bzw. Vorhaltungprovision. Man könnte die Art dieser Provision ungefähr wie folgt an einem einfachen Beispiel erläutern: Wird einem Industriellen

durch eine Bank ein Kredit eingeräumt, so muß er für den gesamten Kredit, ob er ihn in Anspruch nimmt oder nicht, eine Provision bezahlen. Noch schlimmer fährt der Bankkunde, wenn er sein Guthaben oder den ihm eingeräumten Kredit überzieht. (Ueberziehungsprovision).

Der eigentliche Zinsfuß steigt sich erst durch diesen Provisionsaufschlag.

Es werden so höhere Sätze für Leihgeld gezahlt als die nominellen Zinsätze vermuten lassen. Dieser Aufschlag ist durchaus gerechtfertigt, die ganze Zinsgebahrung der privaten Banken völlig undurchsichtig zu machen. Es wird Aufgabe des Untersuchungsausschusses für Geld- und Kreditwesen sein, in diese Angelegenheit Licht zu bringen, damit Uebel unterbunden werden können, die nicht unwesentliche Faktoren der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind.

Eine Wiederholung der Zinsenquete

Der Reichsbank vom Frühjahr 1926, die Genosse Hilferding am Dienstag als durchaus notwendig und wünschenswert anregte, müßte gerade auf die Anwendung der verschiedenen Provisionen besonderen Wert legen. Im übrigen haben wir den Eindruck gewonnen, daß der Druck auf die Zinsätze weniger durch die gutgemeinten Aufforderungen der Reichsbank ausgelöst wurden als durch starke materielle Mittel. Dabin gehört vor allen Dingen das billigere Leihgeld der Goldkreditbank, das einerseits dem Export, andererseits auch der Landwirtschaft, wo es im Sinne des Zinsdrucks stark gewirkt hat, zugute kommt. Weiter ist die Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder durch die Reichsbank zu erwähnen, jene vor längerer Zeit eingeleitete Konzentration von zeitweise freien Geldern der öffentlichen Hand bei der Reichsbank, die stark den Zins für langfristige Anleihen drückte. Wünschenswert wäre es, daß die Reichsbank eine weitere Maßnahme nach dieser Richtung trafe, indem sie die für den Wechselmarkt nötigen Wechselunterchriften allgemein auf zwei verringern würde. Mit Recht hat man auch im Enqueteausschuss die Ansicht geäußert, daß die Verteuerung des Leihgeldes schon an der Quelle, also bei der Reichsbank, mit der Notwendigkeit der dritten Unterschrift beginnt. Die alte Reichsbankakt kannte diese dritte Unterschrift nicht; sie ist erst durch das neue Reichsbankgesetz eingeführt worden. Seit Monaten kann allerdings auf die dritte Unterschrift verzichtet werden. Jedoch teilte der Vertreter der Reichsbank am Dienstag im Enqueteausschuss mit, daß nur 10 Proz. des über 600 Millionen Mark ausmachenden Wechselportefolles der Reichsbank Wechsel mit zwei Unterschriften versehen sind.

Im übrigen wäre es sehr interessant, gewissen Beschwerden nachzugehen, die im Enqueteausschuss vorgebracht wurden. So wurde darauf hingewiesen, daß Gelder der Goldkreditbank dadurch bei der Weitergabe verteuert würden, daß man ein Drittel der Gesamtleihsumme als erste Rückzahlungsrate von vornherein einbehielt. Die Gesamtleihsumme wird also nur zu zwei Dritteln ausbezahlt, obwohl der Zins für die gesamte Leihsumme berechnet wird. Im anderen Falle wurde betont, daß sündliche Genossenschaften Gelder zu horrend hohen Sätzen ausleihen und die Tatsache damit begründen, daß die Gelder „von anderer Seite“ stammten. Der Fall ist ganz gut möglich, daß das Geld von den bekannten zentralen Stellen zu normalen Zinssätzen abgegeben wird; es geht aber durch allzuviel Hände, wodurch sich der übersteigerte Zinsfuß beim letzten Kreditnehmer erklären dürfte.

beschäftigten Arbeiter verringerte sich. Es mehren sich jedoch bereits die Berichte, die für die nächste Zukunft wieder Betriebs-einschränkungen ankündigen. Die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden haben sich im Verhältnis zu der bei voller Beschäftigung und normaler Arbeitszeit zu leistenden Zahl nicht vermehrt.

Während sich der Ausfuhrverand der Maschinenindustrie nach dem besseren Ergebnis der ersten vier Monate des Jahres seit Mai doch noch wenigstens auf dem monatlichen Durchschnitt des Jahres 1925 gehalten hatte, hat sich für den Monat August nach der amtlichen Ausfuhrstatistik ein entschiedener Rückgang ergeben. Die Augustausfuhr lag mit 55 Mill. Mark um 10 Proz. unter dem Durchschnitt des Jahres 1925. Keiner der vorausgehenden sieben Monate hat eine derartig niedrige Ausfuhr zu verzeichnen. Welche Rückwirkungen die am Ende des Berichtmonats abgeschlossene internationale Rohstoffabgemachenschaft auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Eisen verarbeitenden Industrie auf dem Weltmarkt ausüben kann, wird abzuwarten sein.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei.

Unser Prager Korrespondent schreibt uns: Die ungeheure Verschärfung der Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei kommt in einer Interpellation der deutschen Sozialdemokraten an die Regierung zum Ausdruck. Dort wird festgestellt: Die Ausfuhr von Holz, Kohle und Textilwaren allein ist um 1 1/4 Milliarde Kronen zurückgegangen. Die Handelsbilanz hat sich gegenüber dem Vorjahr um 100 Millionen verschlechtert. Die Beschäftigung in der Metallindustrie hat sich seit Januar um durchschnittlich 30, in der Baumwollindustrie um 28, in der Wollindustrie um 18, in der Seidenindustrie um 15 Proz. verschlechtert. Die Beschäftigung in der Glasindustrie beträgt nur 50 Proz. Die Zahl der Bergarbeiter ist seit 1922 von 132 000 auf 92 000 zurückgegangen, die aber durchschnittlich in der Woche nur vier Schichten verfahren. Die offizielle Statistik verzeichnet 71 000 Arbeitslose, in Wirklichkeit sind es aber 200 000, von denen jedoch nur 46 000 die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Gleichzeitig verzeichnen die Industriekonzerne, Bergbauunternehmungen und insbesondere die Banken steigende Kiefengewinne. Der Reallohn des tschechoslowakischen Arbeiters beträgt, wenn der des englischen mit 100 angenommen wird, 55 (Berlin 67). Dazu kommt eine ungeheure steigende Teuerung. In fünf Monaten ist der Index für Lebensmittel um mehr als 100, der für Getreide und Getreideprodukte sogar um 178 Punkte gestiegen.

Die deutschen Sozialdemokraten fordern angesichts dieser Lage u. a.: Arbeitslosenunterstützung aus staatlichen Mitteln, öffentliche Gelder für produktive Arbeitsloshilfe, Abschaffung der Lebensmittelzölle und Ermäßigung der Industriezölle, Erleichterung der Ein- und Ausfuhr, Reform der indirekten Steuern, erhöhte direkte Besteuerung der besthenden Klassen, Erhöhung des Existenzminimums, Abbau der Militärlasten, Aufrechterhaltung des Mieterschutzes und die sofortige Anerkennung Sowjetrußlands.

Reichsbank in der ersten Oktoberwoche. Auf der Börse herrscht wieder reges Treiben. An Geld fehlt es den Banken nicht. Der Septemberultimo war erstaunlich leicht. In dieses Bild paßt der Wochenanweis der Reichsbank zum 7. Oktober sehr gut. Die Beanspruchung der Reichsbank ging um 136,7 auf 1480 Millionen zurück. Lombarddarlehen wurden stark zurückgezahlt, so daß die Bestände um 142,1 auf 11,1 Millionen sanken. Die Wechselbestände blieben mit 1377,8 Millionen (Rückgang nur 5,7 Millionen) ziemlich hoch. Die kleiner gewordene Spanne zwischen Reichsbankdiskont und Privatdiskont wirkt sich aus. Die fremden Gelder auf Girokonto nahmen wieder zu; um 41,1 auf 635,7 Millionen. Die Reichsbank selbst hat auch in dieser Woche wieder ihre Goldbestände erhöht. Sie stiegen um 18,2 auf 1616,3 Millionen. Die Deckungsbevolln befanden sich in einer Verringerung um 10,9 auf 511 Millionen. An Noten und Rentenbankscheinen flossen 166,4 Millionen zurück. Der Notenumlauf blieb mit 3139,3 Millionen (Rückgang 111,7 Millionen) in beträchtlicher Höhe. Die Notendeckung durch Gold und Devisen wuchs von 65,2 auf 67,8 Proz.

Wie sich die Krise in der Schuhfabrikation auswirkte. Einen Blick in diese Frage gewährt der sonst recht dürftige Geschäftsbericht der Schuhfabrik Herz L. G. Frankfurt a. M. Im Bericht befindet sich die interessante Bemerkung, daß besonders die Nachfrage nach billigen Schuhwerk deutlich stieg und daß sich auch diese alte, meist auf teure Qualitäten eingestellte Firma rechtzeitig zur Aufnahme „preiswerter Artikel in populären Detailverkaufspreislagen“ verstand. Die Bilanz und Gewinnrechnung lassen wie im Vorjahre wieder eine sehr vorsichtige Politik erkennen, die sorgfältig größerer Verschuldung aus dem Wege geht, sich absolut flüssig hält, hohe Reserven bildet und so die Verteilung einer Dividende hinauschiebt. So wurden sämtliche Anlagen weiter erheblich abgeschrieben, die Warennoträge niedrig mit 681 000 Mark (i. B. 986 000) bewertet, die Barmittel (12 000 gegen 109 000) trotz der geringeren Beschäftigung hoch gehalten. Die Schulden wurden sehr stark, von 1,20 auf 0,71 Mill., zurückgezahlt, während die Forderungen in geringerem Maße, von 0,80 auf 0,66 Mill., zurückgingen. Inmitten werden die Bruttoeinnahmen mit 0,71 gegen 1,05 Mill. erheblich niedriger ausgewiesen; aber auf der anderen Seite sind auch die Generalkosten fast ebenso stark zurückgegangen. Seit Juli ist das Geschäft „bisher zufriedenstellend“.

Die Engelhardt-Bräuerei baut weiter, neue Anleihe. Die Engelhardt-Bräuerei L. G. rechnet a. Ronto der Belebung der Wirtschaftslage mit einer weiteren Steigerung des Bierabsatzes in ihrem weitverzweigten Berliner und mitteldeutschen Ausnahmgebiet. Die großen Rälzereien in Strauß und Rudolfsstadt (Schlesien) werden deshalb ausgebaut; ebenso die Provinzialbetriebe durch neue Resselanlagen und Lagererweiterung. Zu diesem Zweck wird eine Anleihe von 5 Millionen aufgenommen. Das vergangene Geschäftsjahr war offenbar trotz Krise wieder sehr gut, woraus die Ankündigung einer 10-Prozent-Dividende schließen läßt, die wie im Vorjahre aber die Gewinne bei weitem nicht erschöpft. Man hält nun an den 10 Proz. vom Vorjahre fest (obwohl mehr verteilt werden könnte), um die Rente stabil zu halten.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Pfalzbur- 9631
Ausstellungsraum und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.

Aus den Berichten des Reichsarbeitsblattes.

Das Reichsarbeitsblatt äußert sich in seiner letzten Nummer über die Lage und Aussehen des Arbeitsmarktes recht zurückhaltend. Es weist auf die Besserung der Wirtschaftslage hin, die im September unzweifelhaft zu verzeichnen war, betont aber, daß eine Reihe von besonderen Momenten, so vor allem die Saisonarbeiten die Lage günstig beeinflussen haben, so daß man erst später die allgemeine Lage wird übersehen können. Von den Konzentrationen in der Industrie, die vorwiegend aus technischen Gründen erfolgt sind, ist zunächst eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt nicht zu erwarten.

Die einzelnen Erhebungen des „Reichsarbeitsblattes“ bieten manche interessanten Merkmale zur Beurteilung der Konjunktur. In der Gesamtindustrie hat nach den Berichten von 3936 typischen Betrieben mit 14 Millionen Beschäftigten die Arbeitnehmerzahl in diesen Betrieben um 0,5 Proz. zugenommen. Die Zahl der in ungünstig beschafften Betrieben tätigen Arbeitnehmer verringerte sich um 5 Proz. auf 54 Proz. zugunsten der befriedigend beschafften Betriebe, die von 29 auf 31 Proz., und der gut beschafften Betriebe, die von 12 auf 15 Proz. stiegen.

Nach den Berichten von 270 typischen Betrieben setzte sich die Besserung in der Metallindustrie langsam fort. Die Anzahl der in ungünstig beschafften Betrieben tätigen Arbeiter verringerte sich von 75 auf 71 Proz., während gleichzeitig die Zahl der befriedigend beschafften Betriebe auf 26 Proz. stieg. An dieser Verbesserung nahmen die Kleinisen- und Edelmetallindustrie so gut wie gar nicht teil.

In der Textilindustrie hat die leichte Belebung, die sich bereits im August bemerkbar machte, auch den September hindurch gehalten. Die Zahl der Arbeitslosen und mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Mitglieder der Textilarbeiterverbände ist zurückgegangen. Nach den Meldungen der Betriebsfrontalkassen überwogen Neueinstellungen von Arbeitskräften, und nach den Berichten von 429 Betrieben der Textilindustrie hat sich deren Beschäftigtenzahl um 2,8 Proz. gehoben. Die Zahl der in ungünstig beschafften Betrieben tätigen Arbeitnehmer nahm um 19 Proz. auf 42 Proz. ab, während die befriedigend und gut beschafften Betriebe auf 30 bzw. 28 Proz. stiegen.

Am Bekleidungsgebiete vermehrte sich nach den Berichten typischer Betriebe die Zahl der in diesen beschäftigten Arbeitnehmer um 3,1 Proz. Die allgemeine Lage zeigte weitere Verbesserungstendenzen. Die Zahl der in gut beschafften Betrieben tätigen Arbeitnehmer stieg um 16 Proz. auf 36 Proz.

In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie erfuhr nach den Berichten von 457 typischen Betrieben der Beschäftigungsgrad eine Verbesserung. Die Zahl der in ungünstig beschafften Betrieben tätigen Arbeitnehmer verminderte sich um 4 Proz. auf 29 Proz.

Gleichzeitig erfuhr die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in der Industrie eine Vermehrung um 1,6 Proz. An der Besserung waren vorzüglich die Säbwaren-, Konserven- und Tabakindustrie beteiligt. Man darf hierbei den Einfluß des Weihnachtsgeschäfts vermuten.

In der Holzindustrie bessere sich nach den Berichten von 252 typischen Betrieben der Beschäftigungsgrad weiter. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer erfuhr allerdings eine Abnahme um 3,1 Proz., die vorzüglich aus der Sägewerkindustrie kommt. Die Zahl der in ungünstig beschafften Betrieben tätigen Arbeitnehmer verminderte sich dagegen von 78 auf 82 Proz. vorwiegend zugunsten der befriedigend, teilweise auch zugunsten der gut beschafften Betriebe.

Der Arbeitsmarkt in der ersten Oktoberwoche.

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter für die Woche vom 4. bis 9. Oktober läßt die Besserung der Arbeitsmarktfrage gegenüber der Vorwoche leicht nach. Besonders diejenigen landwirtschaftlichen Bezirke, in denen die Hadtrudternte im wesentlichen beendet ist, verzeichnen vielfach eine Verschlechterung. Dagegen hat sich im Rhein-Ruhrbezirk und im Mitteldeutschland, teilweise auch in Süddeutschland die Lage auch für gewerbliche Berufe trotz Nachlassens des Bedarfes für die Hadtrudternte, insbesondere für die im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und in der Textilindustrie Beschäftigten gebessert. Am Quartalsende fiel die Entlassung von kaufmännischen und Bureauangestellten, auch von jüngeren weiblichen Kräften, die eben erst ausgebildet hatten, auf.

Die Lage der Maschinenindustrie im September.

Immer noch Depression.

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten berichtet:

Wie im vorigen Bericht vorausgesehen, zeigte der Beschäftigungsgrad im September keine weiteren Merkmale einer Belebung. Die Maschinenindustrie befindet sich jedenfalls immer noch im Zeichen der Depression.

Der Eingang von Anfragen aus dem Inland ging wieder auf den Stand von April, Juni, Juli zurück, aus dem Ausland war er dagegen etwas reger und lag damit etwa auf dem Durchschnitt der ersten neun Monate 1926.

Der Eingang von Aufträgen sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland ließ jedoch fast allgemein im Monat September wieder nach.

Den im August eingegangenen Aufträgen ist es zuzuschreiben, daß die Zahl der 48 und mehr Stunden beschäftigten Arbeiter sich leicht gehoben hat; der Prozentsatz der bis 42 Stunden Beschäftigten blieb annähernd gleich, der Anteil der 42 bis 47 Stunden

MAGGI'S

Fleischbrühwürfel



geben —
in kochendem Wasser
aufgelöst — vorzügliche
Fleischbrühe; sie ersparen
das Auskochen von teurem
Suppenfleisch.

Die ledige Mutter.

Von Agnes Smedley.
(Schluß.)

Alice wurde ins Untersuchungsgefängnis gebracht, bis ihr Fall zur Verhandlung käme. Als die Polizei erfuhr, daß sie katholisch war, instruierte man den Gefängnisgeistlichen, daß er ausfindig machen müsse, wer ihre Verwandten seien und wer der Vater des Kindes wäre.

Die Frauen im Gefängnis hörten ihre Geschichte voll Teilnahme an. Sie wußten alle, was es heißt, Eltern zu haben, die sich über die Verhaftung grämen. Sie erfuhr, daß der Vater von Mices Kindchen ein Student war, den sie mit der Ergebenheit eines Hundes liebte.

„Der Mann muß ein Biest sein, Alice, daß er Dich so im Stich läßt. Wenn ich es wäre, würde ich sagen, wer er ist und glaub mir, Mädel, er würde bleichen müssen.“

Eine andere sprach philosophisch, anscheinend aus gründlicher Erfahrung: „Die Männer sind alle gleich. Man braucht keinen von ihnen in Schutz zu nehmen. Sie sorgen immer für sich selbst.“

Alice verteidigte den Vater ihres Kindes: „Er ist ein guter Mann, und wenn er wüßte, daß ich wegen Diebstahls hier bin, würde er mich nie heiraten!“

Eine alte Prostituierte wälzte sich vor Lachen. „Hört bloß auf den Engel! Sie glaubt, der Burtsche wird sie heiraten! Nee, mein Kind, wenn der je die Absicht gehabt hätte, dich zu heiraten, dann hätte er's getan, ehe das kleine Dings in deinen Armen in Erscheinung trat. Mir scheint, du hast zu viele Kientoppheben gesehen. Gehn zu eins, ehe dein junger Mann zu Ende ist, wird er sich fürchten, irgendeinem Jör in der Stadt einen Klaps zu geben, aus Furcht, es könnte eins von seinen eigenen sein!“

Alice weinte; sie glaubte nicht, was sie sagten. „Jedenfalls habe ich mein Kindchen“, tröstete sie sich.

Der Priester kam jeden Tag. Er sprach mit ihr allein und er sprach mit ihr vor den anderen Frauen. Sie verharrte in ihrem eigenartigen Schweigen.

„Ich würde es Ihnen ja sagen“, schluchzte sie eines Tages auf, ganz erschöpft von seinem unaufhörlichen Drängen. „aber Sie würden gleich hingehen und es der Polizei sagen. Sie sind ja nur hierhergeschickt, um es für die Polizei herauszufinden.“

„Es ist deine Pflicht, es zu sagen“, befahl er, als er sah, daß ihr Widerstand schwächer wurde.

„Es ist mir ganz gleichgültig, was meine Pflicht ist. Lassen Sie mich in Ruhe!“

„Alice, entweder sagst du es mir jetzt oder ich nehme dir dein Kindchen fort. . . Ich nehme es dir fort und du wirst ins Gefängnis kommen und es nie wieder sehen. Ich habe deinen Eigensinn satt.“

Alice starrte ihn totenbleich an. Rückwärts schritt sie in ihre Zelle und drückte das schreiende Bündel fest an sich. Die Aufseherin und der Priester schienen ihr folgen zu wollen. Sie warf die mit Eisenketten versehene Tür zu und fuhr auf sie los, gerade als der Priester eine der Stangen ergriff.

„Wenn Sie noch einen Schritt näher kommen“, rief sie eisalt vor Leidenschaft, „dann werde ich . . .“

Die Aufseherin wich vor Entsetzen zurück und der Priester sprang mit schneller, instinktiver Bewegung zurück, während er vor Grausen wie gebannt auf das Mädchen hinter dem Eisengitter starrte. Niemand sprach ein Wort. Der Priester rannnte voll Entsetzen den Korridor entlang, bis er außer Sichtweite war und wartete mit ausgestreckten Armen, unbeweglich, auf das fürchterliche Geräusch.

Die Aufseherin fing an zu stottern, mit zitternden, ihr nicht recht gehorchenden Lippen.

„Er wird es nicht tun . . . Alice! Ich werde ihm nicht erlauben, daß er es tut. Es ist nur eine List . . . Ich schwöre es dir, Alice . . . tu es nicht . . . tu es nicht.“

Langsam ließ Alice ihre Arme mit dem schreienden Kindchen sinken und legte es wieder auf das Bett. Dann brach sie ohne einen Laut neben ihr zusammen und rollte sich um das Kind wie eine Katze um ihre Jungen. Aus einer Gruppe von Gefangenen in der Ecke brüllte eine Frau einen gemeinen Fluch gegen den Priester. Er wandte ihr sein weißes Gesicht zu und starrte sie verwirrt an.

In der nächsten Woche fand das Verhör wegen des gestohlenen Halsbandes statt. Alice erschien vor dem Richter mit dem Kindchen auf dem Arm und beobachtete argwöhnisch jeden, der sich ihr näherte und preßte ihr Bündel immer fester an sich. Ihr Kindergesichtchen war sehr blaß. Sie gestand ihre Schuld ein und verzichtete sich nicht. In Anbetracht ihrer Jugend wurde sie nicht ins Gefängnis geschickt, sondern in eine Besserungsanstalt für Mädchen. Und zwar auf sieben Monate. Sie wurde einfach als „Alice“ — weiterer Name unbekannt — für schuldig erklärt.

„Kann ich mein Kindchen mitnehmen?“ war ihre einzige Frage. „Ja. Es ist ein Institut, wo die Mädchen ihre Kindchen behalten dürfen.“

Alices Gesicht wurde ruhig. Sie wandte sich um und blickte mit triumphierendem Nicken auf die respektable Frau.

Das Schwarzbrot.

Von Dr. W. Wächter.

Der Allbayer hat mit dem Franzosen zwar nicht die Höflichkeit gemein, hingegen die schlechten Geographiekennntnisse — jenseits der Donau beginnt bekanntlich das Nordlicht zu leuchten und es tauchen die Wölfe jagenden Preußen auf — und die Einbildung, als sei es draußen in der Welt lange nicht so schön, wie daheim. Es ist also immerhin erfreulich, wenn ein Krachleberner einmal an die See kommt und dort alles wunderschön findet. Klauert da neulich ein Bager in einer süddeutschen Zeitung über die Insel Bangeoog und ist begeistert von der See, aber eines gefüllt ihm nicht: das grobe Schwarzbrot, das man in Friesland backt. Er meint, in Bayern würde man diese herrliche Gabe Gottes Pferdefutter nennen. Ja, ja, was den einen ein Uhl, ist den anderen ein Rachtigall. Was würde unser Bajawore sagen, wenn man seine Weiswürste Hundsfutter nennte? — Man kann zur Reisezeit immer in München beobachten, wie sich die Norddeutschen graulen vor diesen weichlichen, schwabbeligen Frühstückswürsten, wie sie den vielgepriesenen Beberlas und Schwartmannagen, das Hirn mit Ei und das Vängert mit Knödel gern den Autodhonen überlassen. Also über die Geschmäcker ist nicht zu disputieren. — Es gibt in der Tat kaum einen größeren Gegenstoß als zwischen einer dünnen, dick mit Butter bestrichenen und mit westfälischem Schinken belegten Schwarzbrotstange und der Weiswürst, die mit süßem Senf gegessen wird. Glücklicherweise, der den Partikularismus so weit überwunden hat, daß er beides gern isst, der ist erst der richtige Deutsche.

Die Hände in den Hosentaschen . . .



Warum der General Epp die Hände in den Hosentaschen behielt!
Er hatte seine Gründe, sie vor dem Untersuchungsausschuß zu verbergen!

Deutschland ist ein Land des Roggenbrot — auch in Bayern wird vorwiegend Roggenbrot gegessen —, und angesichts der neuen Ernte wird gerade gegenwärtig eine große Propaganda gemacht für die Bevorzugung des Roggenbrot vor dem Weizenbrot, weil das Weizenmehl zum größten Teil aus dem Ausland bezogen werden muß. Es ist nämlich eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß der Konsum von Weizenmehl ständig zunimmt und daß das Weizenbrot immer mehr bevorzugt wird. — Professor Maurizio, einer der besten Kenner der Geschichte der Getreideernte und Forscher auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Mälerei und Bäckerei, hält diese Bevorzugung des Weizenbrot für eine Entwicklungsphase im Sinne der Kulturphasen der bekannten Soziologen Müller-Lyer. Die Menschheit hat unendlich lange Zeiträume gelebt ohne das, was wir heute Brot nennen, und der größte Teil der Menschen gehört auch heute noch nicht zu den Brotessern. Als die Menschen zuerst das Getreide kennen lernten, zerhackten sie es und machten einen Aufguss mit Wasser daraus, dann lernten sie durch Eindicken des Aufgusses den Brei kennen, weiter wurde dann der Brei geformt und in Ähre oder auf heißen Steinen gedörrt und so erhielt man das, was man Fladen nennt. Der Weg vom Fladen zum gegorenen Brot ist dann wieder ein sehr weiter, und wir finden da die mannigfaltigsten Zwischenstufen vom Fladen über das Fladenbrot zum Hefebrot. Das erste richtige Brot war das grobe, fleischhaltige Schwarzbrot, das „Pferdefutter“ also, dann lernte man die Mälerei vorzukommen und man schied die Kleie immer mehr vom Mehl, so daß es ständig heller wurde. Aber obwohl man nunmehr auch das Roggenbrot aus hellem Mehl herstellte und immer noch herstellt, blieb das grobe Schwarzbrot in seinen verschiedenen Formen erhalten, wohl aus dem Grunde, weil es gut schmeckt. Daher beobachten wir in der Gegenwart bei uns, daß das Weizenbrot eigentlich das feine Roggenbrot, in vielen Gegenden auch Hefebrot genannt, zu verdrängen sucht, während das grobe Roggenbrot, Landbrot, Bauernbrot, Rumpelnickel sich auch bei den Weizenbrotessern großer Beliebtheit erfreuen kann. — Wie schnell sich übrigens eine Geschmackswandlung vollziehen kann, zeigt das Beispiel Schottlands. Im Jahre 1727 wurde ein kleiner Weizenacker bei Edinburgh als große Seltenheit angestaut, und schon 1780 ist der Weizenbau um das Zehnfache gestiegen. Seitdem der Weizenanbau, besonders in Amerika so große Dimensionen angenommen hat, daß Weizenmehl ein Welthandelsartikel wurde, vermehrten sich die Weizenbrotesser so stark, daß in den westeuropäischen Ländern fast nur noch Weißbrot gegessen wird. Aber auch nach Japan kam der Weizen, also in ein Land, das jetzt noch ein Land der Breiesser ist, wie China und fast ganz Asien und Afrika, und es wurde dann im Harde selbst auch Weizen angebaut, so daß man jetzt auch in Japan neben dem Reis Weizenbrot isst. Japan hat also eine Entwicklungsphase übersprungen, es ist direkt zum Weizenbrot übergegangen, ohne vorher das Schwarzbrot kennengelernt zu haben. Die Schwarzbrotesser begünstigen sich nun nicht damit, das Schwarzbrot schmacht zu finden, sondern erklärten es auch für gesünder als das Weißbrot. Es ist ja in der Tat betrüblich, daß die Kleie immer mehr zum bloßen Viehfutter verwendet wurde, trotzdem sehr viel Pflanzeneiweiß in den sogenannten Neuronzellen vorhanden ist. Aber es läßt sich nicht bestreiten, was die Physiologen einwandfrei festgestellt haben, daß Kleie für den Menschen unverdaulich ist und daß infolgedessen die Ausnutzung des Weizenbrot bzw. des feinen Roggenbrot eine höhere ist als die des groben Schwarzbrot. Man hat darum versucht, das Korn so zu vermahlen, daß auch die Kleie aufgeschlossen würde. Es entstanden eine große Zahl von sogenannten Ballmüllbrot, von denen behauptet wurde, daß sie nunmehr ebenso verdaulich seien wie das Feinmehl. Nach Maurizio ist das aber nicht der Fall und lediglich von der Erfindung Finklers, der durch ein besonderes Verfahren die Kleie für sich einem Mahlprozeß unterwirft und dann dieses Kleiemehl — Feinmehl nennt er es — dem feinen Mehl beimischt, verspricht er sich eine Umwälzung der Brotbäckerei.

Da das Weizenmehl früher einmal nur zur Kuchenbäckerei Verwendung fand und als Leckerli galt, so wollen die Roggenbrotesser auch heute noch das Weißbrot gerne als Luxusgebäck hinstellen. Vom physiologischen Standpunkt aus ist aber eigentlich das grobe Schwarzbrot ein Luxusgebäck, und wenn es noch das allgemeine Volksernährungsmittel bei uns geblieben ist, so lediglich seiner Billigkeit wegen.

Unser unhöflicher Bager hätte, wenn man das grobe Schwarzbrot lediglich nach physiologischen Gesichtspunkten werten will, also gar so unrecht nicht, wenn er von Pferdefutter spricht.

Pfeilgift und Schlupfwespe.

Schon Humboldt erzählt uns in seinen „Reisen in den äquatorialen Gegenden Amerikas 1799 bis 1804“ von dem südamerikanischen Pfeilgift Curare, das die Indianer am Orinoco, am Amazonasstrom und im Gurana zur Jagd und im Kriege benutzen. Sie stellen es sich her, indem sie einen Auszug aus dem Splanholz und der Rinde verschiedener Giftpflanzen bereiten. Der wirksame Teil des Giftes ist das sogenannte Curarin. Es zeichnet sich nicht nur durch seine große Wirksamkeit auf Mensch und Tier aus, sondern auch die Art und Weise der Wirkung ist eine ganz auffällige. Wenn das Gift in eine Wunde gelangt — vom Ragen aus wirkt es sehr schwach —, dann werden plötzlich die Endapparate der Bewegungsnerven außer Betrieb gesetzt, so daß alle willkürlichen Bewegungen unmöglich werden. Die Herzstätigkeit jedoch geht munter weiter. Erst dadurch, daß die zur Atmung notwendigen Brustmuskeln gelähmt werden, tritt der Tod durch Ersticken ein. Wenn man für künstliche Atmung sorgt, oder wenn Tiere imstande sind, die Atemnahrung durch Haut-

atmung zu ersetzen, welche Fähigkeit z. B. der Frosch besitzt, dann kann der Eintritt des Todes verzögert werden. Wird einem Frosch die wirksame Menge Curarogift eingespritzt, dann zeigt sich eine Schwächung seiner Bewegungen; das Tier springt nicht mehr, es wird völlig bewegungslos, es liegt wie tot da. Und doch ist der Frosch nicht tot; das Herz arbeitet kräftig und gleichmäßig weiter, stunden — ja tagelang.

Welche Beziehung besteht nun zwischen dem Pfeilgift und der Schlupfwespe? Ueber die Tätigkeit der Schlupfwespen braucht wohl nicht viel gesagt zu werden. Wenn auch viele Menschen diese im allgemeinen kleinen Hautflügler noch nicht zu Gesicht bekommen haben, so ist ihre eigenartige Sorge für die Nachkommenschaft bekannt. Mit ihrem Begeißel durchbohren sie z. B. die Hohlkehle der Raupen und legen ihre Eier hinein. Es entwickeln sich kleine Maden, die sich oft ohne störende Störung des Wirtes von dessen Säften ernähren, um sich dann nach einer gewissen Zeit herauszubohren und sich an der Oberfläche der Raupe zu verpuppen. Andere Schlupfwespen benutzen aber ihren Begeißel als Giftstachel, indem sie das Wirtstier zwar vergiften. So macht es z. B. eine 2/3 bis 3 Millimeter lange Schlupfwespe (Hadrobracon) mit den Raupen der Rehmotte. Unlere Kenntnisse über das Schlupfwespengift waren bislang sehr spärlich; und darum sind die Untersuchungen von Prof. Kibrecht in Jense an der Biologischen Reichsanstalt um so interessanter. So wie der Experimentator dem Frosch das Pfeilgift mit der Spritzenkanüle einimpft, so bohrt sich die 1 Millimeter lange und 1/100 Millimeter feine Wespenhöhlennadel in den Raupenkörper hinein. Ein bis zwei winzige Tröpfchen, 0,00008 Milligramm schwer, genügen, um die 16 Millimeter lange Rehmottenraupe augenblicklich zu vergiften. Eben noch kriecht die Raupe an der Decke entlang, da fällt sie wie vom Blitz getroffen herunter und bleibt fast regungslos liegen, gelähmt wie der curarisierte Frosch. Andere Raupen werden von der Giftwirkung so schnell betroffen, daß sie nicht einmal von der fest-rechten Wand herunterfallen. Sie bleiben mit ihren Vorder- oder Hinterfüßen hängen. Nur ihr Hinter- oder Vorderleib krümmt um, und in dieser Stellung verbleiben sie regungslos, als wären sie tot. Und doch: sie sind nicht tot, sie leben wie der mit Pfeilgift gelähmte Frosch. Ihr Bewegungsvermögen haben sie eingebüßt, aber das Herz schlägt. Unablässig sieht man die Bewegungen des schlauchförmigen Herzens durch die garte Haut des Rückens hindurchschimmern, und als ob nichts geschehen wäre, antwortet es prompt auf äußere Reize. Höhere Wärme löst es schneller schlagen, Kälte verlangsamt die Tätigkeit, genau so wie bei gefunden Tieren. Oft fängt die Schlupfwespe an, aus der Stachelstelle die vergifteten Körperflüssigkeiten herauszusaugen, um sich davon zu nähren. Doch sie schaden ihr nichts. Wirkt etwa das eigene Gift nicht? Oder aber ist es vielleicht wie das Pfeilgift vom Ragen aus nicht wirksam? Die gestochene Raupe jedoch lebt — es erscheint auf den ersten Blick kaum glaublich — noch 5 Monate nach dem Stich. Fünf Monate nach der Vergiftung arbeitet und just nach das Herz, bis nach beinahe einem halben Jahre der Tod eintritt.

Pfeilgift und Schlupfwespengift ähneln sich so sehr in ihrem Wirkungsbilde, daß man fast versucht sein könnte, beide für identisch zu halten. Und doch ist das höchstwahrscheinlich nicht der Fall. Vom Curarin ist die chemische Formel bekannt. Vom chemischen Wesen des Schlupfwespengiftes wissen wir nichts.

Kinderopfer bei Indianern Südamerikas. Der Londoner Rundfunk verbreitete dieser Tage einen Vortrag, den der bekannte Forscher Mitchell-Hedges und Vandy Brown über ihre Studienreise nach Südamerika hielten. Auf dieser Unternehmung legten die Reisenden die unerschöpfliche Stredde von rund 25 000 Kilometer zurück und kamen mit Indianerstämmen in Berührung, deren Leben und Sitten bisher noch wenig erforscht sind. Besonders aufschlußreich ist der Bericht, den Mitchell-Hedges über seinen Aufenthalt bei den Jutuhile-Indianern erstattete. „Der Stamm wird von Jauberern beherrscht, denen die Eingeborenen blindlings gehorchen“, führte der Reisende aus. „Einer der schauerlichsten Gebräuche, die dort noch immer Geltung haben, ist das Kinderopfer. Die Indianer steigen zu diesem Zweck bis zum Krater eines der noch tätigen Vulkanen herauf und werfen ihre Kinder in den rauchenden Schlund, um sich die Gunst der Geister zu erhalten. Die Behörden haben ihr möglichstes getan, um diese scheußliche Sitte auszurotten; man hat aber allen Grund zu der Annahme, daß dieses Opfer, das früher in aller Öffentlichkeit stattfand, auch heute noch, wenn auch heimlich, vollzogen wird. Die Heiratgebräuche dieser Indianer unterscheiden sich wesentlich von denen der anderen Stämme, die wir auf unserer Reise besucht haben. Alljährlich steigen die Frauen des Stammes zu dem See herab. Dort schöpfen sie Wasser und füllen es in irdene Töpfe, die sie auf den Köpfen balanzierend heimtragen. Hat sich ein junger Indianer in ein Mädchen seines Stammes verliebt, so wartet er, bis sie zum See geht, schleicht ihr heimlich nach und verbirgt sich hinter einem Felsen, der den Weg umsäumt, um in diesem Versteck ihre Rückkehr abzuwarten. Kommt die Ahnungslose vorbei, so springt der junge Mann heraus, ergreift blitzschnell den Topf und schlägt ihn auf dem Kopf in Scherben. Bleibt das Mädchen stehen, so gilt das als Zustimmung, und die Verlobung wird an Ort und Stelle gefeiert. Flieht sie aber, so gilt der Heiratsvertrag als abgelehnt, und dem abgewiesenen Freier bleibt nichts weiter übrig, als gleichfalls seiner Wege zu gehen.“

Welcher Schauspieler wurde zuerst ausgepiffen? Das Auspfeien eines Schauspielers ist eine erst im vorigen Jahrhundert aufgekommene Unsitte. Es geschah dies, wie Karoline Jagemann in ihren „Erinnerungen“ erzählt, in Hamburg. Das erste Opfer dieser neuartigen Kritik war der Schauspieler Marchand in der Rolle des „Rudolph“ in Körners „Hedwig“.

TEILZAHNLUNG

1/6
Anzahlung



39.-
Mantel
aus reinwollener
de lafine Plüsch
mit edler Pelzbesatz



29.-
Kleider
in allen modernsten
Formen in Pelzbesatz und
edler Stoffe

8
Monats-Raten

Diese drei Beispiele wahrlos herausgeriffen aus der Unmenge des Vorhandenen sollen Ihnen wiederum unsere Leistungsfähigkeit beweisen. Kommen Sie zu uns Kaufend! Teilzahlung!

Jeder

Brunnenstr. 197
am Rosenthaler Platz
Frankfurter Allee 350
Kottbuser Damm 103
Charlbg., Scharrenstr. 5

Möbel wie bisher Brunnen-Straße 1

Inferem alten Bekannten
Wilhelm Groger
und Frau, Neu-Willm. Schönheits-
straße 14, zur goldenen Hochzeit
unser herzlichsten Glückwünsche.
90. Abteilung der SPD.

Inferem
verehrten Parteigenossen
**Ferdinand Mieke
und Frau**
in ihrer goldenen Hochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Die 3. Abteilung.

Inferem Genossen
Amandus Wehmer
Neu-Willm. Fußstraße 31, zur Gold-
wedung des 70. Lebensjahres die
herzlichsten Glückwünsche.
90. Abteilung der SPD.

Am 11. Oktober, nachmittags 2 Uhr,
wurde meine liebe Frau, unsere Mutter,
Großmutter und Schwiegermutter
Maria Schattschneider
geb. Mahne
im Alter von 71 Jahren durch plötz-
lichen Tod von uns geliebt.

Fritz Schattschneider als Gatte,
Fritz Schattschneider als Sohn,
Clara Schattschneider, geb. Puhl-
mann, als Schwiegertochter.

Die Einäscherung findet auf Wunsch
der Verstorbenen ohne jede Feier statt.

Von der Reise zurück
Dr. Stutz, Nervenarzt.

Adolf Hoffmann
Knorke
Schulhumoreske
mit Illustrationen
von Willi Steiner
Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.
Vorrätig in allen
Vorwärts-Ausgabestellen

Neuau-... onnungen
in Britz, var. Germania-Pranzenade,
best. 2 u. 3 Zimmer, Bad, gr.
Loggia u. l. XII u. u. erminen.
Aus- u. einbaut im Saalbau ober
Wentzhu 7416.

Neues Theater am Zoo
„Ich hab Dich lieb“
Per. 1-18. „Ich hab Dich lieb“ 18. 117.

Verkäufe
Wohlstandswert! Deutsches Teppichhaus
am 1. Oktober (seit 1882 nur Oranien-
straße 134, Keimerei-Beziehungen zur
Hirma gleichen Namens Potsdamer-
straße.

Bücher Schmeißner, Dürkop,
nächste 3. Markt, Reparaturen bis
10. Stalgerstraße 90.

Bekleidungsstücke - Wäsche usw.
Reichens Witzigpiel 50 verkauft von
Kapitän wenig getragene Anzüge,
Paletots, Taillenmäntel, Fracks, Sma-
tinas, alles auf Seide, von 30.- an.
Extra-Angebot: Sportpelze 65.-, Sch-
pelze 100.-, Pelzmäntel 95.-, Regen-
50.-, Großer Trench 100.-, Regen-
schuhe, Silberfische, Regen 12.-, Blü-
sen, Teppiche, Wäsche.

**Spottdichter, Gelegenheits-
käufer von Sportpelzen, Gehäusen hoch-
eleganter Pelzmäntel, Pelzjassen,
Enorm billiger Herrenanzüge, Winter-
paletots, Reize Kommodoren, Pelz-
haus Friedrichstraße 2 (Dele-Alliance-
Haus).**

**Stammesgegenstände, Prachtstücke am-
malig bedienten, Stand 29.-, Di-
wanen, Gardinen, Silber-
schätze, Kristall, Porzellan, Kunst-
gegenstände, Kunstgegenstände (Reine
Kunstwerke), Teppiche, Wandteppiche,
Bekleidungsstücke, Schmuckstücke 115
(Nordring).**

**Belagerte, Götze, Kuschel-
stoffe, Gerarbeitsung, billige Preise,
Reparaturarbeiten bei feinerer Ver-
feinerung erhalten, Pelzmäntel, Pelz-
jassen, Chauffeurpelze, Pelzjassen,
Sportpelze, Gehäusen, Pelzanzüge,
Schulterstücke, Aufhängende Wölle, Be-
schäfte, Umarbeitungen, Reparatur-
arbeiten, Leder, Stoffe, 1 an der
Bertholdstraße, Nähe Seitel-
markt.**

**Wollwaren! Real 12,50! 17,50!
19,50! Prachtstücke 25.-, 30.-! Pelz-
hauben 35.-! Kinderarbeiten 8,75! Pelz-
schleier, Stiefel, Gardinen, Teppiche,
Bekleidungsstücke, Kunstgegenstände, Schmuck,
Bekleidungsstücke, Schmuckstücke 47.**

**Wollwaren! Wollwaren 9,75! 12.-!
Prachtstücke 17,50! 19,50! Pelzjassen!
Pelzmäntel, Pelzhaube, alles sportlich!
Pelzhaus, Brunnenstraße 47.**

Möbel
Kaufend billig! Schöner Kuchbaum-
Tisch, best. mit Eisenbeschlägen 82.-,
Reise karmisier Anzeigebelände, 150
Pfund mit Spiegel, Wälzschreibung,
125.-, Neue englische Bettstellen mit
dreifacher Aufsätze 35.-, Nachtlager
mit Wollmattens 15.-, Sportholzer
12.-, Wälzschreibung 45.-, Diplomat
35.-, Schürhölzer 15.-, Neue Rücken-
lehnen, mit Verstellbarkeit, 65.-, Sch-
zimmer, Schlafzimmer, edlen Marmor-
Tischplatten 200.-, Briefkasten in
einer Ausführung, Pelzhaus Götliche,
Kilmerstraße 11, 11, Bahnhof-
Gumbbrunn, Wollwaren.

**Chiffonwaren, Weißwaren, Kuch-
platten, Pastaschalen, Götliche,
Garten, best. 125.-, 125.-, Spezial-
schiff.**

**Teppichhaus, Kunst, Möbel, Tisch-
Pelzhaube, 100, Möbel, Tisch,
Teppichhaus, real, Möbel, Tisch,
Große Kronenstraße 45-46.**

**Verkaufszimmer 190, Wahlberechtigt
95.-, Zahlungserleichterung, Romer-
ling, Rosenstraße 56.**

650.-! Bildhauer 180er Eichen-
Schlafzimmer, Gelegenheits! Möbelhaus
Bauke, Wite Jakobstraße 60.

Musikinstrumente
Violen, Klavier, neu und gebraucht,
große Auswahl, langjähriges Garantie,
30.- monatlich, verkauft Pianobaus
Königsbergerstraße 81.

Violen, strasert, Klaviermacher
auf Brunnenstraße 30

Wielmann, teilweise Reparaturen,
Teppichhaus, Bahrt, Hauptstraße 1, Ecke
Brunnenstraße.

Kaufgesuche
Kocher kauft Eisenstraße 13

Unterricht
Kaufstunde für ältere Herrschaften, Co-
modore, Jugendliche beibringen, Rich-
ard-Dorner, Wilhelmstraße 30.

Reinhardt'sche Volkshochschule von Hans
Jugend, Inhaber Hans Jüngel und Ru-
dolf Sebel, Berlin SW., Hauptstraße 10,
am Seitelmarkt, Fernsprecher: Her-
mann 448, Tages- und Abendkurse,
Beginn 1. November, Dreimonatskurse in
Einsprache: Buchführung, Bilanz,
Rechnungswesen, Kurschrift, Fremd-
sprachen Privat-Unterricht täglich, Br-
nckel, Solms, Zahlungs-Erleichterung.

Verschiedenes
Herrenausgabe Kuchel, Unter-
suchung (Küchlich), Frau Schmidt, Köp-
fchenstraße 101, rechter Nordring,
1. Trepp. Nähe Schiefer, Götliche,
Kuchel.

Seal, frei, unmontiert, 600-1200
Verlesen, fesselt, noch einige Sonn-
abende und Sonntag frei, Prachtstück
am Rosenbrunn, am Friedrichs-
heim 29, Königstraße 671.

Arbeitsmarkt
Stellenangebote
Bekanntes Arbeiterbüro bietet meine
Kolonnen, Näheres Krug, Schö-
den, Hauptstraße 43.

Volkshaus e.m.b.H. Düsseldorf
sucht
zum sofortigen Eintritt
tüchtigen
Geschäftsführer

der über entsprechende Eignung
und Erfahrung im Restaurations-
betriebe verfügt. - Reflektanten
müssen mindestens 3 Jahre poli-
tisch organisiert sein. - Be-
werbungen mit Lebenslauf und
Gehaltsansprüchen sind bis zum
20. Oktober 1925 an den Vor-
sitzenden des Aufsichtsrates Ro-
bert Heine, Düsseldorf, Pflinger-
straße 11-17 zu richten.

Erstklassig, Großstückschne der
mit allen Vorzügen verziert per 1000 nach
Belieben gefügt. Bei ausverkauften
Beständen Dauerlieferung Angebote mit
Kaufmann Otto Pflaßberg, Bremen,
Bühnenstraße 133.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republi.
7 1/2 Uhr: Troubadour
Schauspielhaus
8 Uhr: Die Räuber
Schiller-Theater
8: Die Welt, in der
man sich langweilt

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Rigoletto
Norina Mar. Irögün
Fritz Kraus
Abonn.-Turnus III

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:

Peripherie
v. P. Langer, Regie:
Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-38
letzte Vorstellungen
- Uhr

**Androklos
und der Löwe**
Von Bernard Shaw
Regie: Erich Eger

Rose-Theater
8 1/2 Uhr

Schriftliche Arbeit

Volksbühne
Theater am Köhlplatz, Tä. in Schiffsverleim
8 Uhr: **Sysistrata**
Morgen 8 Uhr:
Sysistrata
Das Grabmal
des unbekannt
Soldaten.

Komische Oper
Direktion: Hans Otto Bogen
Da große Opernversteigerung
Täg-lich
Adrienne
mit Serak, Wassy, Wipi, Blasi
Boettcher, Hall
Vorverkauf anunterstochen 10 U an

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Gräfin Tippmamsell
Gutschein 1-4 Pers. bei Vorz. der
Annonce Faust, nur 1,80 Mk., Sessel 1,50

**Winter-
VARIETE
Garten**
Friedenspreis - Rauchen gestattet
Sonntags 3⁰⁰ Ermäßigte Preise!

Gr. Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
**Von Mund
zu Mund**
CHARELL-
REVUE

Neurolog. Theat.
Täglich 8 Uhr:
Wieder Metropol
Reizend - Theat.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Absteigequartier
Gefühlsgemäßes und
Thalia-Theater
8 Uhr: **Der Silberpelz**
Regie: Berth Viertel

**Theater des Westens 8:
Der Zug nach d. Westen**

Wallner-Th.
Bis 14. 10. 10. 8 U.
der große Erfolg
„Mamas Töchter“
Ab 15. 10. Gastsp.
„Die Marionetten
der Zarin“

Kleines Theater
Täglich 8 Uhr:
Menschenfreunde
Heute nachm. 4 Uhr
Gr. Kindervorstellung
Schneewittchen

Tagl. 7 1/2 Uhr
Nur bis 31. Oktober
BUSCH
Circus-Attraktionen
Papa Wrangel

Reichsnallen-Theater
8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Das entzückende
Programm!
Nachmittags halbe Preise,
volles Programm!
Dönhoff-Breitl
Varieté-Konzert-Tanz

Rennen zu Karls orst
Mittwoch, den 13. Oktober
nachmittags 1 1/2 Uhr
Haupt-Hürdenrennen



Sie reden begeistert, sie loben viel.
Sie schwärmen nämlich für Ozonil.

OZONIL

das selbsttätige Waschmittel
reingt besser
müheloser
schonender.

Es wird Herbst
Denken Sie daran, daß die kalte Jahreszeit
Ihren Körper widerstandsfähig finden muß.
Stuvkamp-Salz
macht widerstandsfähig, weil es die inneren
Organe in guter Funktion erhält.
Stuvkamp-Salz macht froh u. heiter, beseitigt
überflüssiges Fett, reinigt das Blut, schafft
Energie und Tatkraft, regelt die Verdauung
für 3 Pfennige pro Tag.
Originalpackungen zu M. 2.- u. M. 3.- überall erhältlich.
Stuvkamp-Salz-Werk, G. m. b. H., Hamburg.
Niederlassung: Berlin SW 5, Alexandrinenstr. 27.
Fernsprecher: Dönhoff 8490/91.

**Deutsches
Künstl.-Theater**
8 1/2 Uhr:
**Das große
Abenteuer**
Senk, Pöllnberg

Lessing-Theater
8 Uhr:
**Mensch und
Uebermensch**

Th. u. Karlstendamm
8 Uhr: Revue:
Es geht schon besser
Musik: R. Nelson

Lustspielhaus
Heute 7 1/2 Uhr
Premiere
Die Herzogin v. Elbo

Theater a. Kottb. Tor
Kottbuser Str. 6
Zogl. 8 Uhr u. Son-
ntag nachm. 3 Uhr (zu
ermäßigten Preisen)

**Elite-
sänger**
und bei
Rosa, Bismarck-
Quartier-Poppe!